

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlande, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ mit „Siedlung und Aieingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeile 0,70 Goldmark, Restzeile 1.- Goldmark. „Kleinanzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (unlesbar zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenzeile des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Heller gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S 39 18, Lindenstraße 5, abgegeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 30. September 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 — Postkonto: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Die deutsche Völkerbund-Denkschrift.

Uebersetzung an die Regierungen im Ausland.

Paris, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag vormittag, kurz vor Zusammentritt der Ministerrats, erschien der deutsche Botschafter von Hoersch bei Ministerpräsident Herriot und übergab ihm das Memorandum der Reichsregierung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wie wir erfahren, stellt das Schriftstück keine Bedingungen, sondern es erläutert lediglich die deutsche Auffassung in der Form von Anfragen. Die Kriegsschuld wird darin nicht ausdrücklich erwähnt, sondern nur indirekt gestreift. Der deutsche Botschafter gab zu dem Memorandum wehlungsgemäß nähere Erläuterungen und betonte den unterschiedenen und aufrichtigen Willen Deutschlands, im Völkerbund mitzuarbeiten. Herriot erbat sich angesichts der Wichtigkeit der Materie eine gewisse Frist zur Beantwortung des deutschen Schriftstückes. Es wird angenommen, daß das deutsche Memorandum bereits in der Sitzung des Kabinetts am Montag nachmittag im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen zur Erörterung gelangt ist, daß aber eine endgültige Stellungnahme erst in der nächsten Kabinettsitzung am Donnerstag erfolgen wird. Die deutsche Denkschrift ist gestern, Montag, allen beteiligten Regierungen überreicht worden.

Genf, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) In Genf verfolgt man aufmerksam die Völkerbundspolitik der deutschen Regierung. Die Meinung, daß das deutsche Memorandum den Artikel 16 des Völkerbundsabkommens, wenn auch in gewandener Form, für „untragbar“ erkläre oder wenigstens seine Abänderung verlange, hat in maßgebenden Kreisen des Völkerbundes einiges Erstaunen erregt, da man die Befürchtungen der deutschen Regierung, sie könne im Falle der in diesem Artikel vorgesehenen Sanktionen in gefährliche kriegerische Abenteuer verwickelt werden, nicht versteht. Der Anhang des Artikels 16 sieht im wesentlichen wirtschaftliche Maßnahmen mit sofortiger Wirksamkeit vor. Ueber die Art möglicher militärischer Sanktionen ist in ihm nichts Endgültiges bestimmt. Die Ausführungen des Genfer Protokolls sollen die notwendigen Ergänzungen in militärischer Hinsicht schaffen, aber auch hier ist die Ratifikation des Protokolls, die freigestellt wird, Voraussetzung für die Durchführung der militärischen Sanktionen. Außerdem bestimmt ein Zusatzartikel, daß auf die besondere Lage der einzelnen Staaten Rücksicht genommen werden soll. Deutschland könnte also im Falle von Sanktionen mit vollem Recht und mit Aussicht auf Erfolg unter Hinweis auf seine relativ schwache Armee seine Nichtteilnahme an militärischen Sanktionen beim Völkerbund beantragen. Das Protokoll ist noch in weiter Ferne und völlig unabhängig von der anderen Frage, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund betrifft.

Schwierigkeiten in Genf.

Die Ausschüßberatungen über einen kriegsverhindernden Schiedsgerichtsvertrag, der die Abrüstung ermöglichen soll, sind fast zum Schluß auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen. Japan fordert nämlich, daß auch zwischenstaatliche Streitfälle, die aus der inneren Politik eines Staates hervorgegangen sind, der völkerbündlichen Regelung und dem Schiedsgericht unterliegen sollen. Das geht besonders auf das nordamerikanische Einwanderungsverbot gegen Japaner. Begreiflicherweise sträuben sich die Regierungen aufs äußerste gegen eine solche Möglichkeit, innere Maßnahmen eines Staates gegen die Bürger eines anderen Staates internationaler Nachprüfung und vielleicht sogar der Aufhebung von außen her zu unterwerfen. Japan will aber im Falle der Unmachgiebigkeit der anderen die ganze Regelung nicht mitmachen. Zunächst ist die schon angekündigte Beendigung der jetzigen Völkerbundtagung hinausgeschoben.

Vortäufig sieht der Entwurf folgendes Verfahren vor:

Sobald der Streitfall entsteht, tritt das Schiedsgerichtsverfahren ein. Wird der Schiedspruch nicht anerkannt und der Krieg begonnen, oder werden die angeordneten kriegsverhindernden Maßnahmen nicht beachtet, so schreitet der Völkerbundrat ein. Der Rat stellt fest, wer der Angreifer ist. Gegen diesen Staat werden alle wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Sanktionen sofort und ohne weitere Entscheidung begonnen. Für die Durchführung der Sanktionen legt der Rat im voraus fest, mit welchen Truppenstärken sich die Staaten beteiligen müssen. Diese Festsetzung der Truppenkontingente kann gleichzeitig der Maßstab für die Abrüstung sein, da dann jeder Staat weiß, wieviel Militär ihm zu Hilfe kommt, falls er angegriffen wird. Die Sonderabkommen zwischen einzelnen Staaten zum gegenseitigen Schutz sind als Hilfsmittel zu betrachten; die Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit und die Sanktionen treten nur in Kraft, wenn der Abrüstungsplan, der eine spätere Konferenz beschäftigen soll, angenommen wird.

Der Völkerbundsversammlung ist auch noch folgende Entscheidung zur Annahme vorgeschlagen worden: Die Versammlung möge, nachdem sie mit Befriedigung von den Berichten der ersten und dritten Kommission Kenntnis genommen und den Text des Protokolls gebilligt hat, beschließen: 1. allen Völkerbundsmitgliedern die Annahme dieses Protokolls zu empfehlen; 2. allen Mitgliedern, die jetzt schon unterzeichnen können, das Protokoll zur sofortigen Unterzeichnung vorzulegen und anderen Staaten zur Unterzeichnung offen zu lassen; 3. den Rat zu ersuchen, eine internationale Abrüstungskonferenz nach Genf einzuberufen; 4. den Rat aufzufordern, ohne Verzug ein Komitee mit der endgültigen Festlegung des Textes für Zusätze zum Friedenspakt zu beauftragen, wie sie im Protokoll vorgegeben sind.

Außer Japan scheinen alle Beteiligten zur Annahme entschlossen zu sein. Der französische Ministerrat hat Unterzeichnung beschlossen; er beglückt wünscht sogar die Genfer Verhandlungsteilnehmer zu ihrem Wert.

Völkerbündliche Militärkontrolle.

Der vom Völkerbundsrat endgültig genehmigte Untersuchungsplan für die Ausübung des Untersuchungsrechtes in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien bestimmt im wesentlichen: Die in Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly vorgesehenen Untersuchungen (Entwaffnungen) müssen, wenn der Rat es entscheidet, sich auf die Demilitarisierung von Gebieten beziehen können, die in den genannten Verträgen eventuell vorgesehen sind, auf alle Militärklauseln dieser Verträge für das Militärwesen zu Lande, in der Luft und zu Wasser und vor allem auf folgende Punkte:

- a) Befehlsgebung (Militärgefege und Haushalt)
b) effektive Bestände
c) bestehendes oder im Bau befindliches Material (eingebunden das Luftschiffbaufabrikmaterial, Munitionsfabriken und Kriegsmaterial)
d) Instruktionen und Ausbildung für den Kriegsdienst
e) Bau von neuen Kriegsschiffen.

Jeder Staat, der nicht dem Rat angehört, und Nachbarstaat eines Staates, der sich auf Grund eines Friedensvertrages ihm gegenüber verpflichtet hat, sich der Untersuchung zu unterwerfen, wird in der

Ständige beratenden Militärkommission

vertreten sein. Die Kommission wird vom Rat beauftragt, die Organisierung der vom Rat beschlossenen Untersuchung vorzubereiten. Sie wird jedes Jahr, wenn es notwendig ist, dem Rat für das kommende Jahr ein Entwaffnungsprogramm unterbreiten. Dieses Programm gründet sich auf die Berichte (I) oder die Mitteilungen, die sie offiziell erhalten hat. Auf jeder Tagung des Rates kann die ständige beratende Kommission ihren Zusatz unterbreiten, den sie zu dem Untersuchungsprogramm für notwendig erachtet; falls erhaltene Berichte die sofortige Einberufung der Kommission zur Folge haben, wird die Kommission über die von ihr zu beratenden Fragen dem Rat ein begründetes Gutachten zu stellen. Der Rat kann die Kommission damit beauftragen, eine Untersuchung vorzubereiten.

Die Untersuchungskommissionen werden aus einer Liste von Sachverständigen gewählt. Die ständige beratende Kommission wird eine Liste aufstellen. Diese Liste muß Sachverständige enthalten, die von den Regierungen der im Völkerbundsrat vertretenen Staaten bezeichnet werden. Jeder Staat wird eine gleiche Zahl von Sachverständigen angeben. Wenn es nötig ist, für einen bestimmten Staat eine Untersuchungskommission zu wählen, wird die ständige beratende Kommission dem Rat die neue Zusammenlegung der Untersuchungskommission vorschlagen; letztere wird aus Sachverständigen gebildet, die besonders für die ins Auge gefasste Untersuchung qualifiziert sind. In dieser Untersuchungskommission werden die Staaten vertreten sein, die im Augenblick der Anordnung einer Untersuchung dem Rat angehören. Die Angehörigen des Staates, die der Ausübung des Untersuchungsrechtes unterworfen sind, können keiner Untersuchungskommission angehören. Um der Untersuchung den Charakter der Ueberraschung zu bewahren, dürfen die Präsidenten der Untersuchungskommissionen erst im letzten Augenblick den genauen Gegenstand jeder Untersuchung enthüllen. Die Untersuchungskommissionen können im Verlaufe der vom Rat festgesetzten Periode ihre Arbeiten entweder ohne oder mit Unterbrechung ausführen; sie müssen sich darauf beschränken, die materiellen Tatsachen festzustellen; wenn im Laufe einer Untersuchung eine Schwierigkeit auftritt, rufen die Kommissionspräsidenten in jedem Falle den Rat an und im Falle technischer Schwierigkeiten die ständige beratende Kommission; letztere macht, falls sie für die Frage zuständig ist, dem Präsidenten der Untersuchungskommission ergänzende Angaben oder bietet ihm die notwendige technische Unterstützung. Die ständige beratende Kommission wird keine Befehle erteilen, die ursprünglich vom Völkerbundsrat festgesetzten Instruktionen verändern kann.

In den vom Rat festgesetzten Fristen und mit Zustimmung des Rates können die Präsidenten der Untersuchungskommissionen an gewisse Punkte der

entmilitarisierten Zone.

an denen die Kontinuität der Untersuchung notwendig ist, gewisse ständige Elemente abordnen. Die oben vorgeschlagene Organisation muß vor Zurückziehung der internationalen Kontrollkommission bereit sein, um für jeden der Staaten, die dem Untersuchungsrecht unterworfen sind, ihre Arbeit aufnehmen zu können.

Diese ganze Regelung muß erst von der Völkerbundsversammlung genehmigt und von den am Völkerbund beteiligten Regierungen ratifiziert werden, ehe sie in Kraft treten kann. Sibt Deutschland erst im Völkerbundsrat, so hat es ein sehr bedeutendes Mitbestimmungsrecht auch für die weitere Handhabung der Entwaffnungskontrolle, deren Ziel natürlich ihre Ausdehnung auf alle Länder sein muß, wenn sie wirklich dem Weltfrieden und nicht der Bereinigung des Unfriedens dienen will.

Aufwertung.

Allerlei Manöver und kein Ergebnis.

Von Wilhelm Keil.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages ist mit einem Eifer und einer Gründlichkeit an die Lösung des Aufwertungsproblems herangegangen, die ihn gegen jeden Verdacht schützen, als ob er seine Aufgabe nicht mit heiligem Ernst zu erfüllen suche. Zunächst hat er zahlreiche Vertreter der verschiedenen Zweige des wirtschaftlichen Lebens gehört. Wenn dabei die Wortführer der deutschen Industrie, des deutschen Großhandels, der Banken und der Landwirte, überwiegend Mitglieder der Deutschnationalen Partei, die sich als die besondere Beschützerin der Opfer der Inflation aufspielt, im Endergebnis zu dem Schluß kamen, daß eine Erhöhung der Aufwertungsätze der 3. Steuernotverordnung für private Schuldforderungen von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könne und in Rücksicht auf die notwendige Beruhigung des wirtschaftlichen Lebens die Wiederaufstellung des ganzen Aufwertungsproblems höchst unerwünscht sei, so hat sich der Ausschuß dadurch nicht abhalten lassen, in eine mehrere Tage ausfüllende allgemeine Erörterung der schwierigen Streitfrage einzutreten.

Ein Fehler war es freilich, daß an dieser Aussprache die Reichsregierung nicht aktiv beteiligt war. Der Reichsfinanzminister war in jenen Tagen durch die Neuordnung der Reparationslasten so in Anspruch genommen, daß er im Ausschuß nicht erscheinen konnte und seinen Vertretern fehlte es an der nötigen Autorität, um dem von ihnen beigebrachten Tatsachenmaterial Beachtung zu verschaffen. Erst ganz am Schluß der Generaldebatte des Ausschusses fand der Finanzminister die Möglichkeit zu der kurzen Erklärung, daß er bereit sei, nach besten Kräften in einem engeren Kreise an der Lösung der aufgeworfenen Frage mitzuarbeiten. Dieser engere Kreis wurde gebildet durch Einsetzung eines Unterausschusses, dem die folgenden vier Fragen zur Beantwortung unterbreitet wurden:

- 1. Inwiefern ist eine Verzinsung der öffentlichen Anleihen (Reich, Länder, Gemeinden) und der Vermögensanlagen der 3. Steuernotverordnung möglich?
2. Inwiefern ist eine Erhöhung des Umwertungsfußes von 15 Proz. bei den Vermögensanlagen der 3. Steuernotverordnung möglich?
3. Inwiefern ist eine Rückwirkung der Aufwertungsordnungen möglich?
4. Was hat zu geschehen, um im Gegensatz zur 3. Steuernotverordnung eine gleichartige Behandlung aller Gläubiger herbeizuführen?

In den drei ausgedehnten Sitzungen, die der Unterausschuß vom 24. bis 26. September abgehalten hat, ist er über die Ziffer 1 noch nicht hinausgekommen. Was die Verzinsung der Reichsanleihen betrifft, so sagte die Mehrzahl der Ausschußmitglieder ihre Aufgabe dahin auf, daß sie bei Bejahung der gestellten Frage zugleich Vorschläge über das Maß der Verzinsung und über die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel zu machen hätten. Von deutscher nationaler Seite wollte diese Verpflichtung nicht anerkannt werden. Man hielt sich für berechtigt, die Frage nach der Verzinsungsmöglichkeit mit ja zu beantworten und dann der Regierung die Aufgabe, Deckungsvorschläge zu machen, zuzuweisen. Lag in dieser Haltung das versteckte Geständnis der Deutschnationalen, daß sie selbst Vorschläge zur Beschaffung der Mittel nicht zu machen vermochten, so sprachen die Vertreter fast aller übrigen Parteien offen aus, daß sie, so schmerzlich es auch sei, im Hinblick auf die gesamte Finanzlage des Reiches keine Quelle zu nennen wüßten, aus der die Hunderte von Goldmillionen geschöpft werden könnten, die für eine auch nur den Bruchteil eines Prozents betragende Verzinsung der Reichsanleihen erforderlich wären. An Kriegsschulden und Kriegsschadensausweisungen sind zurzeit noch rund 52 Milliarden im Umlauf. Dazu kommen 5 Milliarden Vorkriegsschulden und 4 Milliarden Sparprämienanleihen. Daneben haftet das Reich für die von den Ländern mit Eisenbahnbesitz übernommenen Eisenbahnschulden von 14,2 Milliarden. Die Gewährung eines Zinsfußes von nur einem halben Prozent für diese Gesamtschuld von 75,2 Milliarden, wie ihn der Zentrumsgesandte Dr. Fleischer schon in den ersten Ausschüßdebatten vorgeschlagen hatte, würde eine Steuererhöhung von rund 375 Millionen pro Jahr erfordern!

Die sozialdemokratischen Vertreter, die sich von Anfang an zur Förderung jedes brauchbaren Aufwertungsorschlags bereit erklärt hatten, ließen keinen Zweifel darüber, daß sie einer Mehrbelastung der schon bisher überbürdeten und von der Inflation selbst schwer betroffenen Lohn- und Gehaltsempfänger den schärfsten Widerstand entgegensetzten und daß sie keinen Schritt unterstützen würden, der eine neue Defizitwirtschaft im Reichshaushalt und damit eine neue Währungsstafastrophe heraufbeschwören geeignet sei. Den Stein der Weisen glaubte nun Dr. Fleischer gefunden zu haben. Er wollte die Verzinsung der Reichsanleihen ohne Erhebung neuer allgemeiner Steuern möglich machen. Die Gewährung eines Zins-

des von 0,5 Proz. — später ging er auf 0,2 Proz. herunter — werde, so kalkuliert er, den Kurs der Kriegsanleihe auf nahezu 10 Proz. des Goldwertes hinaufzutreiben. Das bedeute für die Besitzer und Käufer der Anleihen einen enormen Wertzuwachs, den man sofort bei der Zinszahlung wieder wegsteuern könne. Auf diese Weise würden sich weit größere Erträge aus der Besteuerung der Spekulationsgewinne erzielen lassen als zur Zinszahlung erforderlich seien.

Je weniger Gläubige diese finanzpolitische Spekulation des Herrn Dr. Fleischer im Unterausschuß fand, desto größer war die Wirkung, die er mit der in Aussicht gestellten Verzinsung der Kriegsanleihe an der Börse erzielte. Seit Wochen wandte sich die Börsenspekulation im ganzen Umfange den Rentenwerten, vor allem den Reichsanleihen, zu; der Kurs stieg und stieg und fast schien es, als ob die Hoffnungen Fleischers auf einen großen steuerlichen Fischzug des Reiches in Erfüllung gehen sollten. Ein leiser Windhauch genügte aber, um das ganze Kartenhaus zusammenzublasen. Die Erklärung des Ministers Dr. Luther, daß sowohl heute als in aller absehbarer Zukunft jede Verzinsung der Reichsanleihe einfach ein Ding der Unmöglichkeit sei, und die im Ausschuß sich verbreitende Erkenntnis, daß das fleischerische Verzinsungsgebäude auf Flugland gebaut sei, hatte zur Folge, daß der Kurs der Reichsanleihe in wenigen Stunden auf ein Drittel seines Höchststandes zusammenbrach.

Soweit es noch nötig war, trug die Dürftigkeit des vom Reichsfinanzminister gemachten Ersparnisvorschlages zur Ernüchterung spekulationsrunkener Gemüter bei. Es muß wirklich übel um die finanzpolitische Zukunft Deutschlands bestellt sein, wenn Herr Luther glaubt, nicht mehr bieten zu können. Annehmbar ist von diesem Ersparnisvorschlages eigentlich nur der Grundgedanke, der die Verpfändung des Reiches, den in Not befindlichen durch die Papiergeldflut ihrer Spargroschen beraubten Kriegsanleihezeichnern beizustehen, anerkennt. Diesen Gedanken hat er gemeinsam mit dem von den sozialdemokratischen Vertretern gemachten Vorschlag einer sozialen Aufwertung und mit Anträgen der Kommunisten und des Demokraten Dr. Dernburg. Man fragt sich aber, warum die Hilfe, die das Reich leisten soll, beschränkt bleiben soll auf den kleinen Kreis der Geschädigten, die noch im Besitz selbstgezeichneter Kriegsanleihe sind. Eine Regelung dieser Art, die also bedürftige Anleihezeichner, die in der schlimmsten Not ihre Papiere gegen eine lächerlich geringe Bezahlung hergegeben haben oder die im Besitz von nicht selbst gezeichneter, sondern schon in der Kriegszeit käuflich erworbener Anleihestücke sind, von der Fürsorge ausschließen würde, ließe sich dem Volksempfinden nicht verständlich machen.

Hinzu käme die Frage, was mit den kleinen Sparern werden soll, die bei Kriegsausbruch ihre Ersparnisse den Sparloosen beliehen und neue hinzufügten in dem Bewußtsein, daß sie von den Spartassen in — „Mündelschere“, wie feierlich verkündet wurde — Kriegsanleihe verwandelt wurden. Soweit die Hypothekenaufwertung nach den Vorschriften der 3. Steuerreformordnung den Spartassen zugute kommt, ermöglicht sie diesen im Reichsdurchschnitt eine Aufwertung der Spareinlagen von etwa 2 Proz.!! Sollen die vielen kleinen Sparer damit abgespeist werden? Was soll mit den Besitzern anderer öffentlicher Anleihen als Kriegsanleihen, etwa alter Reichsanleihe oder von Länderanleihen werden? Sollen sie, auch wenn sie am Hungertuche nagen, kalt abgewiesen werden?

Der Grund, den Herr Luther für die enge Begrenzung seines Planes angibt, nämlich daß die Deckungsmittel, die er zur Verfügung stellen könne, eine weitere Ausdehnung nicht erlauben, lenkt nur die Aufmerksamkeit auf die Willkür, mit der der Kreis rentenberechtigter Anleihezeichner ausgewählt werden soll. Wenn der Reichsfinanzminister schon einen Eingriff in den Reichshaushalt zur Beschaffung der Mittel für die den Anleihezeichnern zu gewährenden Renten für zulässig hält, so entsteht die Frage, ob man genau bei den 40 Millionen stehen bleiben muß und ob sich nicht noch andere Quellen er-

schließen lassen zur beträchtlichen Vermehrung der Mittel, die den betrogenen Gläubigern und Sparern zustießen sollen.

Läßt sich trotz des eifrigsten Bemühens, das von Vertretern aller Parteien bekundet wurde, eine geordnete Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen nicht ermöglichen, so wird kein anderer Weg übrig bleiben, als alle erschließbaren Quellen, auch in den Ländern und Gemeinden, zur Stärkung des sozialen Fonds heranzuziehen und so die Mittel zu beschaffen zur Wüderung der Not all derer, die auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Westarp in Bereitschaft.

Deutschnationale Ministerkandidaten.

Die Fraktion Halb und Halb hat am Montag bis in die Abendstunden getagt. Man hat sich sehr „angeregt“ unterhalten, was durchaus begreiflich erscheint. Um doch endlich vor dem Vertretertag, der heute beginnt, zu irgend einem Beschluß zu kommen, hat sich die Mehrheit, wie ein Nachrichtenbureau meldet, dahin entschieden, „daß die Fraktion sich Verhandlungen über die Regierungsbildung, die gemäß den Erklärungen des Reichskanzlers von der Reichsregierung an sie herantraten könnten, nicht versagen wird.“ Die für etwaige Verhandlungen in Betracht kommenden Personen stehen fest. Es sind die Abgg. Graf Westarp, Hergt, Schiele und Behrens.

Zu den für die „Futtertruppe“ in Bereitschaft Gestellten gehören also die beiden neinsagenden Führer Westarp und Hergt! Daneben hat man den Abwehrminister Schiele-Scholte, der bei der Abstimmung vom 29. August unseres Wissens nicht anwesend war, und als einzigen Jassager den Stöcker-Mumm-Schüler Franz Behrens vorgezogen. Von dem letzteren, der noch immer im christlichen sogenannten Landarbeiterverband als Vorsitzender geduldet wird, vermutet man wahrscheinlich, daß er ohnehin nicht in Betracht kommt. Von dem Reichskanzlerkandidaten Tirpitz, der auch der Sechstage bloß ist, wird nicht mehr gesprochen, während man sich doch seinerwegen schon das englische „Agreement“ eingeholt hatte. Auch Bismarck, der Entel mit der Sozialistenvernichtungsbroschüre, ist nicht in Betracht gezogen. Nur Westarp, Hergt und Schiele!

Stelle man sich einmal vor, daß die Sehnsuchtssträume der Fraktion Halb und Halb in Erfüllung gehen und vier ihrer Mitglieder auf Ministerstühle berufen würden: was würde die Wirkung sein? Zwei der heftigsten Gegner der internationalen Verständigung sollten dann berufen sein, den eben abgeschlossenen Londoner Vertrag auszuführen. Daß sie dabei bestrebt sein würden, diesen Vertrag ebenso gewissenhaft zu sabotieren, wie sie auf Erfüllung des „Berliner Paktes“ bestanden, ist nach allen bisherigen Aufhebungen der Parteipresse und sonstiger parteioffizieller Kundgebungen ganz zweifellos. Schreibt doch die „Kreuzzeitung“ erst am Montagabend in einer Polemik gegen das „hinterfüchtere Stresemanns“ wieder, daß ein Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung einem Kurswechsel gleichkommen müsse:

Dazu gehört außenpolitisch, wenn auch Politik der Zukunft nur auf Grund der geschaffenen Tatsachen getrieben werden kann, daß bei der Durchführung des Londoner Abkommens den deutschnationalen Gesichtspunkten entscheidend Rechnung getragen, d. h. darauf hingewirkt wird, daß wir unter allen Umständen, und zwar möglichst bald zu einer Revision der untragbaren Bestimmungen dieses Abkommens gelangen.

Bevor also überhaupt an die Ausführung des Londoner Abkommens gedacht worden ist, wollen die Deutschnationalen es schon wieder „revidieren“. Als Minister würden ihre Vertrauensmänner also dafür sorgen, daß es nicht durchgeführt wird, damit dann neue Maßnahmen getroffen werden müssen. Welcher Art diese Maßnahmen sein würden, berührt die Herrschaften aus dem Osten ja nicht, denn das

Ruhrrevier gehört ja nicht zu ihrer Domäne. Aber das gesamte deutsche Volk wohnt nicht nur in Hinterpommern, Ostpreußen und im Kreise Boms, wo die Westarpe sich heimisch fühlen.

Aber vier deutschnationale Ministerfraktionen bilden ja wohl den Kaufpreis, den die Volkspartei der Fraktion Hergt verprochen hat für den Fall, daß sie den Dames-Besuchen zur Annahme verhilft und die Verantwortung für die verfallene Erfüllungspolitik übernehme. Nun haben aber nur 48 Deutschnationalen bei einem einzigen der Besuche mit Ja gestimmt, alle anderen mit Nein, so weit sie anwesend waren. Würde ein kaufmännisch reelles Geschäft gemacht werden sollen — über die juristische Seite der Frage hat sich der alte römische Rechtslehrer Justinian hier ja sehr deutlich ausgesprochen, — so müßte doch wohl der Kaufpreis dem Grad der Lieferung angepaßt werden. Also da für 100 deutschnationale Stimmen vier Ministerfraktionen verprochen waren, aber nur weniger als die Hälfte der Stimmen geliefert wurden, könnten auch nur weniger als die Hälfte der versprochenen Plätze an der Futtertruppe als Entgelt gewährt werden.

Aber auch diese Rechnung hat noch ein Loch. Die Fraktion Hergt verlangt für 48 Stimmen 4 Sitze, also auf jedes Dutzend einen! Doch selbst die 48 gelieferten Stimmen sind nicht von einwandfreier Qualität. Sie gelten nur für ein Gesetz, während sie doch für alle gelten sollten. Da sie aber bei acht Abstimmungen siebenmal mit Nein gestimmt haben, so können sie doch nur den achten Teil ihres im Kaufpreis ausgedrückten Wertes in Anspruch nehmen.

Die glatte Rechnung würde sich also so stellen:
Angebot: für 100 volle Stimmen — 4 Minister.
Geliefert: 48 Stimmen geteilt durch 8 = 6!
Also Kaufpreis für sechs Hundertstel der versprochenen Ware: sechs Hundertstel von 4 = ein Viertel Ministerposten!

Das heißt, so würde die Rechnung aussehen, wenn die Volkspartei ebenso energisch auf ihren Pakt bestünde, wie die Deutschnationalen. Aber die Stresemänner drängen sich ja förmlich zum Experiment, wie ihre „Magdeburgerische Zeitung“ ihnen bescheinigt.

Wobei von solcher Aufstellung nicht vergessen werden darf, daß der ganze Berliner Pakt eine Schande für die Paktierenden und diejenigen ist, die ihn dulden!

Auflösung des Reichstags!

Eine Forderung des Republikanischen Reichsbundes.

Am Sonntag, den 28. September, traten in Frankfurt die Landesverbandsvorsitzenden mit dem Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes zu einer Sitzung zusammen. Prof. Dr. Hugo Einzeimer, Frankfurt, der das politische Referat über das Thema: „Republikanische Politik“ übernommen hatte, gab in seinen von hohem sittlichen Ernst getragenen Ausführungen ein anschauliches Bild der politischen Verhältnisse in Deutschland. Die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen legten in allererster Linie dar, daß republikanische Politik neben der Demokratie vor allem des Inhalts und der Innerlichkeit bedürfe. Der Inhalt republikanischer Politik wäre es, den beiden Hauptfragen: Der Sicherung des Bestehenden und der Befriedigung sozialwirtschaftlicher Gegensätze zu dienen. Eine neue Epoche der Politik hat begonnen. Das ständige Gewissen der Welt und der allgemeine Drang zum Frieden und zur Verständigung beginnt die Politik zu beherrschen. Die Innerlichkeit der republikanischen Politik bedinge, daß an die Lösung aller dieser Aufgaben mit jenem Ernst herangetreten werden müsse, den diese entscheidenden Probleme der Menschheitsentwicklung fordern würden. Aus diesen Gründen müsse auch in Deutschland der republikanische Geist endlich beginnen, die Politik zu beherrschen, denn die Widersacher der republikanischen Politik seien nun zugleich die Widersacher der Menschheit. Die Forderung der Stunde lautet deshalb: Fort mit diesem Reichstag und dann Schaffung des großen Blocks der Linken als des Bahnbrechers auf dem Weg zu

Hunger.

Großstadterlebnisse von Ertold.

L.

In das schlaftrübe Liden der Uhr, die müde Mittagsstille der Amtsstube sang derbes Klopfen. Die Tür öffnete sich. Vor mir stand ein Feuerwehmann, der nach hastigem Laufen tief atmete und sich den Schweiß von der roten Stirn wusch. „Kind Anna H., 5 Jahre, aus dem Fenster gestürzt. Verunglückt ist noch dem Virchow-Krankenhaus übergeführt. Man bittet um nähere Aufnahme des Totbestandes.“

In wenigen Minuten war ich am Ort des Geschehens. Ein haufen Reugieriger drängte sich um eine Blutlache, die sich in dünnen Streifen langsam zum Kanstein zog. Die herumstehenden forrten mit mitleidigem Blick, der sich mit Reugier und Sensationshungern so häßlich mischt, darauf hin.

Mit der geschwägigen Wirtin keuchte ich fünf Stockwerke hinauf. — Schmutzige Treppen, graue Wände, in deren Einzelkinderhände die alten und ewig neuen Gestalten und Worte hinein-gezeichnet hatten.

Endlich eine Tür, die sich freischend öffnete. Ich war in einem dumpfen Raum, in einem Winkel des Glends. Der Schmutz zog sich träge durch die enge Dachstube, fetterte die Wände empor und mochte das Fenster treibe und undurchsichtig. Am Fenster stand noch der Stuhl, auf den sich ein Kind gestellt und nach der Mutter ausgeblid hatte.

Heber allem lag die schmutzige Decke des Glends, des Hungers. In einer Ecke lagen verstreut einige Holzklöße und daneben ein grüner Scherben. Ich versank in Nachdenken und wußte, daß dieser Scherben eine ganze Welt bedeutet hatte.

Die Stimme der Wirtin weckte mich: „Das arme Kind,“ sie wachte sich die trockenen Augen und seufzte tief, „vielleicht ist es so am besten, es war auch zu schwer für die Mutter.“ Sie wollte in einen großen Redeschwall ausbrechen. Ich unterbrach sie: „Wann kommt die Mutter von der Arbeit? Sie möchte sofort zum Amt kommen.“ Ich streifte noch einmal die ganze Decke des Raumes und ging.

„Ohne Vorladung Frau H.,“ meldete der Diener. Die Mutter stand vor mir. Sie hatte den tiefen Blick der Entsetzung und — des Hasses. In ihrem Gesicht spiegelte sich nichts von Muttersehmerz; es lag wie eine bleierne Schwäche über ihrer ganzen Gestalt. Nach einigen trockenen dienstlichen Progen klingelte das Telephon. „Das Kind Anna H. ist toben verstorben.“ Die Mutter sah stumpf vor sich hin. Ich zwang meine Stimme zu einem trockenen Ton und machte ihr die Mitteilung.

Kein Schmerz zog über ihr Gesicht, kein Erschrecken ging durch ihre Gestalt. Sie sah mich mit demselben stumpfen Blick wie vor-

her er. Noch einmal wiederholte ich meine Worte. Da kam endlich Bewegung in sie. Wie ein Aufatmen der Erleichterung entstrangen sich die Worte: „Ihr ist wohl!“

II.

Der zweite Gang führte mich in ein Maleratelier. Kurz und trocken sagte die dienstliche Meldung: „Malerin I. in ihrem Atelier tot aufgefunden.“ Todesursache: „Unterernährung“ — hatte der Armenarzt nerods darunter gefügt. — Vor mir lag dieses Mal ein weiter Kellerraum. Das Licht drang durch die großen Fenster und beleuchtete hell und grausam die gähnende Leere. Kein Tisch, kein Stuhl belebte wohllich den Raum, nur in einer Ecke lagen einige Lumpen.

„Da hat sie gelegen,“ sagte der Wirt, der neben mir stand, „alles hat sie verfehlt, so, es ist eine schlechte Zeit für Künstler.“ fügte er mit einer latter Bewegung hinzu.

Auf der Erde lagen verstreut einige Skizzen. Ein lachendes Selbstporträt aus früheren Tagen, über das nun die Schuhe der Leichenträger hinweggegangen waren. An einer Wand hing ein unvollendetes Bild der hübschen Madonna mit dem Jesusknaben. Sie lächelte milde auf alles herab.

Noch einmal sah ich beim Gehen über die Lumpen in der Ecke und das Madonnenbild darüber.

Das Gesicht der hübschen Maria schien jetzt zur grinsenden Frage des Hungers verzerrt, und das Jesuskind hockte wie ein häßlicher Kobold auf ihrem Schoß.

Frühling schloß ich die Tür.

Neue Wege zur Heilung der Tuberkulose.

Aus wissenschaftlichen Kreisen wird der „Information“ geschrieben:

Das Pasteur-Institut zu Paris hat in letzter Zeit zur Heilung der Lungenschwindsucht neue Wege eingeschlagen, die von der bisherigen Art der Behandlung und Bekämpfung dieser Volksseuche wesentlich abweichen. Die übliche Bekämpfung der Lungenschwindsucht bestand bisher, abgesehen von diätetischen Mitteln und von dem Aufenthalt der Kranken in reiner Höhenluft, in einer Bekämpfung der Tuberkelbazillen durch ein Serum. Man weiß, daß Professor Koch der Begründer dieser Art von Heilbarkeit der Lungenschwindsucht war. Alle Verbesserungen dieser Methode bezogen sich stets auf die Dosierung oder auf ähnlidie Maßnahmen, die im wesentlichen aber und im grundsätzlichen von der alten Art der Tuberkulosebehandlung nicht verschieden waren. Jetzt erst hat man wirklich neue Wege eingeschlagen, von denen man die Erreichbarkeit des Zieles erhofft.

Die Tuberkelbazillen befinden sich in einer Wachshülle, durch die sie schwer angreifbar gemacht werden. Die neue Methode richtet sich nun darauf, diese Wachshülle der Tuberkulosebazillen zu zerstören, da damit die Lebensfähigkeit der Bazillen beeinträchtigt wird. Den Weg dazu wies die Tatsache, daß in den Wachswaben der Bienenstöcke sich Parasiten ansiedeln, die das Wachs zerstören, da sie Ge-

fäße in sich haben, die geeignet sind, eine Flüssigkeit zur Verdaulichung des Wachses abzusondern. Man hat Versuche gemacht, diese Tierchen mit Tuberkulosebazillen, das heißt, eigentlich mit dem Wachs der Tuberkelbazillen zu ernähren und hat dazu eine Menge von Bazillen verwendet, die ausreichen, um ein Meerschweinchen an Lungenschwindsucht erkranken zu lassen. Zuerst sind bei dem Wurm Kratzeisersehnungen aufgetreten, die aber bald überwunden worden. Eine Untersuchung ergab, daß die Verdauungssäfte ausreichten, um die Wachshülle zu zerstören. Nun beabsichtigt man, diese Säfte zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht nutzbar zu machen. Die Versuche befinden sich erst im Anfangsstadium, so daß über die Erfolge noch nichts mitgeteilt werden kann. Man hofft aber, in kurzer Zeit günstige Ergebnisse mit dieser Art der Bekämpfung der Lungenschwindsucht zu erzielen.

Neue Inseln. In der Danziger Bucht haben sich an der Mündung der Weichsel zwei neue Inseln gebildet, von denen die eine 30 Hektar mißt, während die andere etwa 6 Hektar groß ist. Der Senat des Freistaates Danzig hat die Inseln in Besitz genommen und läßt sie mit Strandpflanzern und Weiden bepflanzen. Sie dienen den Fischern hauptsächlich zum Aufstellen der Boote und als Standort für die Garnfischerei. Wie verlautet, hat es unter den Fischern bereits allerlei Eigentumsstreitigkeiten gegeben. Das hat eben den Danziger Senat veranlaßt, die Inseln zum Staatseigentum zu erklären. Der Name der Inseln steht noch nicht fest.

Ein „Kreuzzug“ gegen die New Yorker Theater. Zu einem Kreuzzug gegen Raubbau, Unsitlichkeit und Ausschweifung auf der Bühne ruft der Bürgermeister von New York, Mr. Hylan, wie aus New York berichtet wird, auf. Der offenen Kampfansage soll zunächst der Versuch einer gütlichen Einigung mit den Theaterleitern vorangehen, zu welchem Zwecke eine Versammlung einberufen wird. Den Anlaß zu dieser Aktion haben die in der letzten Zeit allzu zahlreichen Beschwerden über die Entartung des New Yorker Theaterslebens gegeben. Sollte der Versuch, die Theaterleiter zur freiwilligen Besserung zu bewegen, erfolglos bleiben, dann würde ein Kreuzzug gegen die Theater einziehen, der, nach den Worten Mr. Hylans, den Theatern so viel Schaden zufügen würde, wie jetzt gewisse Stücke anrichten. Es soll auch eine Kommission, bestehend aus den hohen Vertretern des Heeres, der Marine und der Polizei, einberufen werden, die gegen die Verpötlung der amerikanischen Marine, wie sie eben jetzt in einem vielgespielten Stücke zutage tritt, einschreitet.

Die deutschen Klassiker und die Franzosen. Aus Paris kommt die Nachricht, daß dort kürzlich die wertvolle Bibliothek eines verstorbenen Herrn von Bethmann, der ein hoher französischer Beamter des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg war, unter den Hammer gelangte. Bethmann wurde in Nordaux geboren und sammelte kostbare Erstausgaben der Weltklassiker. Für die Erstausgabe von Goethes Werken (acht Bände, ausgelegt in den Jahren 1787 bis 1790) wurden 13 000 Frank — das sind nach unserer Währung über 2000 Goldmark — bezahlt. Allerdings sammte diese seltene Erstausgabe aus Herders Werk; und der große Weimarer hat das Vorwort des ersten Bandes mit einer Widmung versehen. Goethes „Faust“, gedruckt im Jahre 1790, ergielte 3500 Frank

Frieden und Freiheit. Einziger schloß mit den Worten: „Es lebe der Einheitsblock nach der Reichstagsauflösung.“

Die Konferenz nahm daraufhin einstimmig die folgende Entschliessung an:

Der Reichsverband des Deutschen Republikanischen Reichsbundes und die versammelten Vorsitzenden der Landesverbände sprechen sich mit allem Nachdruck gegen den Einheitsblock eines Bürgerblocks aus. Der Bürgerblock wäre der Ausdruck einer inneren Unwahrhaftigkeit, weil er derjenigen Partei maßgebenden Einfluss auf die weitere Führung der deutschen Politik geben würde, die ihre bisherige Richtung mit allen Mitteln bekämpft hatte und deswegen keine Gewähr für die notwendige Führung dieser Politik im Sinne der Sicherung des Friedens auf demokratischer Grundlage bieten kann. Der entscheidende Punkt der deutschen Politik liegt heute in einer am Geiste des Völkerverständnisses innerlich orientierten Politik, welche die Grundlage für die Lösung aller anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ist. Diese Politik zum Siege zu führen, ist heute die deutsche Lebensfrage. Sie kann nur auf dem Grunde eines wirklichen republikanischen Blockes, der sich in der Hauptfrage innerlich einig ist, entschieden werden. Der Block muß daher mit allen Mitteln im Gegensatz zum Bürgerblock erreicht werden. Im im heutigen Reichstag in einer gesicherten und unabhängigen Stellung zu erreichen, die nicht in jeder Stunde durch deutschnationalen Einfluss geschwächt werden kann, ist aber nicht möglich. Deshalb fordern wir die Auflösung des Reichstags zur Herbeiführung eines freien, unabhängigen, effektiven, republikanischen Blockes. Die Versammlung erwartet, daß die in Betracht kommenden Parteien nicht zögern, schnellstens die hiernach notwendige Entscheidung herbeizuführen.

Republikanischer Tag in Mecklenburg.

Schwerin, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die ehemalige großherzogliche Residenz hatte am Sonntag einen großen Tag. Außerlich merkten die ersten Besucher noch nicht viel. Denn in der Brauentstadt gibt es ebenso wenig Fahnen in den Reichsfarben wie andernorts. Nur einzelne waren zu sehen. Unter dem monarchistisch-schwangeren Ministerium v. Brandenstein getraut sich keiner als offener Befürworter der Republik. Als aber die ersten Frühzüge eintrafen, da änderte sich das Bild sofort. Aus Rostock, Wismar, Grevesmühlen, Hagenow und vielen kleineren Orten kamen mit den Lübedern, die auf 12 Lastkraftwagen mit Anhänger erschienen, rund 4000 Reichsbannerleute zusammen. Es galt die Bannerweihede der Ortsgruppe Schwerin zu feiern und dann vor allem eine Heerschau über die Republikaner abzuhalten. Den Bürgern der Republik, denen die Kommunisten gerade in Mecklenburg durch ihre Parteipolitik so schöne Beihilfe leisteten, mußte einmal bewiesen werden, daß sie auch in Mecklenburg mit ernstlichen Gegenkräften zu rechnen haben. Es formierte sich sowohl vormittags wie nachmittags ein Festzug, in dem über 50 Reichsbannertruppen und der mit einem Dutzend Musik- und Trommler- und Pfeifertorps durchsetzt war. Auf dem Marktplatz fand die Weihe und Begrüßung statt. Es sprachen Studienrat Woeller-Rostock, Polizeipräsident Krüger-Magdeburg, Polizeioberst a. D. Lange und der frühere thüringische Minister v. Brandenstein. Aus allen Reden erklang der Ruf zum größten Zusammenhalt, um den sich wieder neu formierenden Bataillonen der Gegenrevolution jederzeit gegenüberstellen zu können. Freilich die Entwicklung des Staatsbürgers und vor allem Schutz der Verfassung sei oberster Beistand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das, wie Genosse Krüger mitteilte, bereits über 3 Millionen Mitglieder zählt, von denen 90 Proz. Frontkämpfer sind.

Der republikanische Tag in Schwerin hat deswegen Bedeutung über den Ort hinaus, weil die Hakenkreuzler aller Schattierungen gerade in Mecklenburg zahlreich vertreten sind, die das Land unter dem Schutze der Junker und der deutschnationalen Regierung von rächtlichen Gnaden als eventuelles Aufmarschgebiet betrachten. Der Schweriner Tag gab den zahlreichen verteilten Gruppen des Landesgebietes neuen Auftrieb. Sie sehen, daß sie nicht allein stehen. An den Reichspräsidenten wurde ein Telegramm geschickt, das sofort beantwortet wurde. Das am Orte erscheinende Parteiblatt, „Das freie Wort“, hatte eine besondere Festnummer herausgebracht, die viel Anklang fand.

(785 M.). Die „Leiden des jungen Werther“. Ausgabe des Jahres 1774, wurden mit 5000 Frank bewertet (1125 M.). Ebenfalls brachten „Die Räuber“ von Schiller, gedruckt im Jahre 1781. Wielands sämtliche Werke (erschienen 1794 bis 1802) gingen für 8100 Frank (rund 1800 M.) in andere Hände über. Schließlich wurde noch Goethes gedruckte Doktorarbeit für 4100 Frank (nahezu 1000 Mark) verkauft.

Bei kürzlich stattgefundenen Klassiker-Erstdruckversteigerungen in Deutschland wurden nicht unansehend so hohe Preise erzielt!

Ein Neger als vorbildlicher Arbeiter. Der frühere belgische Arbeitsminister Joseph Bauers hat kürzlich ein Buch veröffentlicht (Le Congo au travail), in dem er die Ergebnisse einer im letzten Jahre unternommenen Studienreise durch den belgischen Kongo zusammenfaßt. Die Schrift enthält mancherlei Interessantes über die Lebensverhältnisse und Gewohnheiten der Eingeborenen, von deren Wohlverhalten in steigendem Maße nicht nur das moralische Ansehen der kolonialen Regierungen, sondern zum guten Teil auch der Ertrag der an überlebensfähigen Unternehmungen beteiligten kapitalistischen Gesellschaften abhängt. Der Verfasser bemüht sich, darzutun, daß die Behandlung der Neger als Arbeiter seit der unruhigen Zeit Leopolds im ganzen humaner geworden ist, daß aber das Prinzip ungeschöpft der unangenehmen Lohnsklaven noch keineswegs ernsthaft angefaßt wurde. Die Unternehmer im Kongo, seien sie belgischer, amerikanischer oder portugiesischer Herkunft, entziehen den Eingeborenen kümmerlich genug, so kümmerlich, daß ein schwarzhäutiger Kollege, der sich am Kwango, einem Nebenfluß des Kongo, etabliert hat, ihnen an Grobmütigkeit entschieden überlegen ist. Dieser vom Äquator stammende Konkurrent, der die verschiedensten Unternehmungen ins Leben gerufen hat, macht sehr gute Geschäfte. Seine europäischen Nachbarn hegen gegen ihn die bittersten Gefühle, weil er, wie dem Verfasser mitgeteilt wurde, für des Eisenbahn und die Palmkerne zu hohe Preise bietet und keine Arbeiter zu reichlich entlohne und damit ein schlechtes Beispiel gibt!

In dem Buch wird auch die tragisch-komische Geschichte eines Auswanderers, des Propheten Sibanga, erzählt, der bei den Missionsvätern in die Schule ging und die Weisheiten der Bibel in allzu konkretem Sinne erlernte. Er rief die Arbeiter zum Streik auf, weil ihm eine Stimme verstanden habe, daß sich in der Gegend der großen Katarakte das Wunder der Veredelung der Brote und der reichlichen Fischzüge erneuern werde. Armer Prophet! Die christlichen Richter der Kolonie verurteilten ihn wegen angeblicher politischer Umtriebe zum Tode, doch begnadigte ihn der Gouverneur zu langjähriger Verbannung nach dem entfernten Katanga, wo er jetzt seine Vorstellungen revidieren und inne werden kann, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem das Manna nicht vom Himmel fällt, sondern auch die Krume Brot in harter Arbeit erworben werden muß.

Die Jungfernkunstschau wird voraussichtlich am 11. Oktober im Landesausstellungsgelände eröffnet.

Neben einer vorbildlichen unterirdischen Gasse, der bei Princes Tower in Jersey entdeckt wurde, wird mitgeteilt, daß er etwa 70 Fuß lang und 5 Fuß hoch ist. Er führt zu einem großen Raum, der sich unter einer alten Kapelle befindet. Nach der Ansicht Sachverständiger handelt es sich um eine Anlage, die viele tausend Jahre alt ist und man rechnet mit sehr interessanten Funden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Rückgang der Kommunisten.

Halle, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) In Rönneberg bei Halle fand am gestrigen Tage eine Neuwahl zum Stadtverordnetenkollegium statt, die notwendig geworden war infolge der Auflösung durch das preussische Staatsministerium. Trotz wirksamer Agitation sowohl der Bürgerlichen als auch der Kommunisten hat unsere Partei einen glänzenden Sieg davongetragen. Gegenüber der letzten Reichstagswahl vom 4. Mai haben die Vereinigten Bürgerlichen 120, die Kommunisten 108 Stimmen verloren, während unsere Partei 128 Stimmen gewann. Die Kommunisten, die bisher im Stadiparlament sieben Stadtverordnete hatten, haben jetzt noch deren vier, ebensoviel wie unsere Partei, die ein Mandat gewann. Das Wahlergebnis ist um so bemerkenswerter, als es sich um eine kommunistische Hochburg dicit vor den Toren Pseudoproskows handelte. Die Verstärkung bei den Kommunisten ist groß, was um so verständlicher ist, als das Kommunistenblatt nach vor einigen Tagen in hochtönenden Worten verächtlich hatte, daß der kommunistische Gedanke marschiere. Die Wahlbeteiligung betrug 81 Proz.

„Jesuitische Verschlagenheit“.

Ludendorffs Frontbann.

München, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Bemühungen der Kreise um Ludendorff, darzutun, daß der Frontbann absolut offen und loyal aufgebrochen worden sei, widerlegt am Montagmorgen das Justizministerium durch Mitteilungen aus beschlagnahmten Briefen und Verfügungen des Frontbann-Kommandos. In einem dieser Briefe an einen jetzt verhafteten Frontbann-Führer heißt es u. a.: „Die Sache steht nun folgendermaßen: Röhm war beim Innenminister und will nun auch noch zum Reichsinnenminister gehen. Ebenso sind Verhandlungen mit Seidl im Gange, um die ganze Geschichte in aller Öffentlichkeit aufzuheben zu können, ohne Gefahr laufen zu müssen, daß die Geschichte gleich mit dem ersten Aufbruch, der in der Zeitung erscheint, ein Verbot enthält. Die Aussichten betreffs Gestaltung sind nicht gerade schlecht, weil wir die ganze Sache als Abwehrmaßnahme gegen die Kommunisten hinstellen, auch ist der Presseaufbruch, den Schromm (Verteidiger Röhm im Hitler-Prozess. Die Red.) mit echt jesuitischer Verschlagenheit verfaßt hat, den Ludendorff auskorrigiert und genehmigt hat, so staatsreu abgefaßt, daß der Herr Innenminister ganz erstaunt war, daß er uns anscheinend so lange verkannt hatte.“ In einem weiteren Briefe, den Röhm an eine außerhalb Bayerns wohnende Persönlichkeit geschrieben hat, heißt es: „Sonst geht hier alles seinen alten Trott. Arbeit, die allmählich schon keine Beschäftigung mehr ist, wie ich es eigentlich liebe, und recht wenig Erfreuliches, das heißt nicht aus unserem Verband. Da scheint die Geschichte so langsam wieder hochkrabbeln zu wollen. Aber sonst hat man viel Ärger mit der Regierung und mit den übrigen Hochverrätern. Gestern war ich beim Herrn Innenminister und habe mich in empfehlende Erinnerung gebracht. Am Montag werde ich dem Ministerpräsidenten Größ Gott! sagen. Nun, so hat man aber seine Sorgen um den Frontbann. Nur siehe ich es aber doch durch. Die Herren in Bayern, die werden staunen, wie staatsreu ich auf einmal geworden bin.“

Keine Haftentlassung Hitlers am 1. Oktober.

München, 29. September. (Ll.) Nachdem die Staatsanwaltschaft heute gegen die Bewilligung der Bewährungsfrist für Hitler und Kriebel Beschwerde eingereicht hat, kommt eine Haftentlassung Hitlers und Kriebels am 1. Oktober noch nicht in Frage, da die Beschwerde eine aufschiebende Wirkung hat. Wann das Oberste Landesgericht seinen endgültigen Entscheid fällen wird, steht noch nicht fest.

Die Stahlhelmschießereien in Altona.

General Ledebur reizt zum Bürgerkrieg auf.

Hamburg, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag abend veranstaltete die Ortsgruppe Altona des „Stahlhelmbundes“ eine Fohnenweihede, deren Auswirkungen zu einem blutigen Zusammenstoß führten. General a. D. Freiherr von Ledebur führte in seiner Festrede u. a. aus: „Wer von uns heute von Pazifismus redet, sügt sich selbe in sein Los und verdient die Verachtung der Welt. Noch können wir uns der Schmach und Schande nicht erwehren, aber es kommt der Tag! Wir werden nicht ruhen, bis alle deutschen Brüder wieder mit uns vereint sind. Wenn wir auch jetzt noch nicht das Schwert ziehen können, um uns vom äußeren Feind zu befreien, so ist uns doch im Lande selbst ein neuer tödlicher Feind entstanden: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Wir werden den Kampf gegen es mit rücksichtsloser Schärfe führen. Diese tiefbeschämende Bewegung arbeitet demütigt oder unbewußt im Dienst unserer Feinde. Das Treiben dieser Leute ist schändlicher Völkerverhetzung und Landesverrat. Mögen sich alle Deserteure und Drückeberger in dieser Kampfgruppe wohl fühlen! So lange wir nicht das Glück haben, den Kampf gegen den äußeren Feind zu führen, werden wir in fester Front stehen gegen die Anhänger des Klassenkampfes.“

Eine halbe Stunde später, nachdem diese von der Versammlung mit förmlichem Befehl aufgenommene Rede gehalten worden war, entwickelte sich aus noch nicht aufgeklärter Ursache in der Nähe des Altonaer Hauptbahnhofes eine Schießerei zwischen Teilnehmern an der „Stahlhelm“-Feier und anderen Leuten. Als die Polizei erschien, wurden dem amtlichen Polizeibericht zufolge zwei junge Leute verfolgt. Nach Aussagen der Kriminalpolizei soll sowohl von den Verfolgten als auch von den Verfolgten geschossen worden sein. Tatsächlich festgestellt ist nach dem amtlichen Bericht bisher nur, daß von den Verfolgten (die zu den „Stahlhelm“-Leuten gehörten) Schüsse abgegeben worden sind. Der Polizeibeamte Meyer wurde getötet, vier Personen wurden verletzt. Die vom „Hamburger Fremdenblatt“ auf Grund eines Wolff-Telegramms verbreitete Ansicht, als seien Reichsbannerleute von der Polizei als Schützen festgenommen worden, ist nach Erkundigungen bei der Polizei von dieser als unrichtig bezeichnet worden.

Altona, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die bisherigen Ermittlungen aus dem blutigen Zusammenstoß am Freitag abend zwischen Angehörigen des Stahlhelmbundes und anderen Leuten im Anschluß an die Fohnenweihede des Stahlhelms haben ergeben, daß bei der Schießerei (durch die ein Polizeibeamter getötet und vier Personen schwer verletzt wurden) die Stahlhelmsleute als Täter in Frage kommen. Ein amtlicher Polizeibericht, der am Montag mittag herausgegeben wurde, befragt, daß zwei Mitglieder der Hamburger Ortsgruppe des Stahlhelms, ein 19jähriger Kaufmannslehrling und ein 23jähriger Handlungsgehilfe, auf Grund der Vernehmung und Zeugenaussagen unter dem dringenden Verdacht, die Schüsse abgegeben zu haben, dem Gericht zugeführt worden sind. Gegenüber der von WTB am Sonnabend verbreiteten Meldung sei nochmals festgestellt, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem Zusammenstoß nichts zu tun hat und bisher nicht einmal festgestellt ist, ob einzelne Mitglieder des Reichsbanners

in den Zusammenstoß verwickelt sind. Ein zunächst unter dem Verdacht, geschossen zu haben, festgenommener Arbeiter ist bereits am Sonnabend wieder freigelassen worden.

Liefert Ungarn aus?

Budapest, 29. September. (WTB.) Wie die Gerichtsstaatsanwaltschaft in der Uffäre Förster-Schulz ber, daß dem Auslieferungsbegren Folge gegeben werden müsse, weil die Ermordung Erzbergers nicht als politisches Verbrechen anzusehen sei. Die Verhandlung des Auslieferungsenats soll morgen vormittag unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Budapest, 29. September. (WTB.) Der Berliner ungarische Gesandte Enrich hatte heute mittig eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen. Wie die Blätter melden, stand der Besuch mit dem Auslieferungsbegren der deutschen Regierung gegen die Würder Erzbergers in Zusammenhang.

Der Wiener Bankskandal.

Gastbefehl gegen Castiglioni.

Wien hat seinen neuen Bankskandal. In seinem Mittelpunkt steht der bekannte Inflationsschwärmer Castiglioni, der als reichster Mann Oesterreichs gilt und mit dem verstorbenen Hugo Stinnes in engen Geschäftsbeziehungen stand. Gegen Castiglioni wird der Vorwurf erhoben, daß aus seiner Bank, der Wiener Depositenbank, Aktien verschwunden sind, die sich auf verschiedene Geschäfte beziehen. Die Bank war kürzlich zusammengebrochen und stand unter Geschäftsaufsicht. Gegen sie wurde überdies eine Untersuchung wegen eines betrügerischen Spiritusgeschäfts, das sie noch unter dem Vorsitz Castiglionis mit tschechischen Industriellen abgeschlossen hatte.

Gegen Castiglioni und die beiden Generaldirektoren der genannten Bank ist nun der Haftbefehl erlassen worden. Alle drei haben sich außerhalb der österreichischen Grenze begeben. Das Haus Castiglioni erläßt eine Erklärung, in der es eine Flucht Castiglionis bestreitet. Auffallend ist jedoch, daß ein anderer Direktor, der der Depositenbank angehörte, namens Pila, beim Bekanntwerden der neuer Untersuchung Selbstmord verübt hat. Die Firma Castiglioni bestreitet außerdem, daß zwischen dem Verschwinden der Aktien und dem Hause Castiglioni irgendwelche Zusammenhänge bestehen. Die Polizei hat in den Wohnungen der Beschuldigten Hausdurchsuchungen abgehalten und dabei im Palais von Castiglioni wertvolle Juwelen beschlagnahmt.

Man vermutet, daß der Aktienraub durch Beauftragte erfolgt ist. Die gerichtliche Untersuchung wird über eigenartigen Vorgänge Aufschluß suchen. Wie sehr man bemüht ist, die Zusammenhänge zu vertuschen, geht aus einer Mitteilung der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hervor, wonach der Sekretär Castiglionis, Lederer, der nunmehr polizeilich bewacht wird, der Regierung gedroht habe, daß für den Fall eines gewaltsamen Vorgehens schwere Folgen für einzelne wirtschaftliche Unternehmungen zu befürchten seien. Die „Arbeiter-Zeitung“ verlangt eine genaue Mitteilung über die ganze Angelegenheit und mocht alle, insbesondere die Regierung und den Polizeipräsidenten, auch nur den geringsten Versuch einer Vertuschung machen zu wollen.

Wien, 29. September. (WTB.) Wie das „6-Uhr-Blatt“ meldet, seien die Haftbefehle gegen den Präsidenten der Depositenbank, Goldstein, und Generaldirektor des Castiglioni-Kongern, Reumann, dadurch notwendig geworden, daß gegen sie der Verdacht der Veruntreuung und des Betrugs vorliegt.

Gewerkschaften und Einwanderung.

Prag, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Rahmen des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses fand heute eine Beratung des Exekutivkomitees statt, in welcher die Resolutionen für das Kongressplenum und die Frage des Kongressvorsitzes erörtert wurden. Gleichzeitig tagte eine vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Amsterdam einberufene Konferenz über Aus- und Einwanderung, die vom Minister für soziale Fürsorge Genossen Hadrman begrüßt wurde. Lagerle-Tschechoslowakei betonte, dort hätten fremde Arbeiter gleiche Rechte wie die einheimischen und verlangte, daß alle Gewerkschaftsorganisationen daskelbe in ihren Ländern durchziehen. Vorsitzender Merens-Belgien wies darauf hin, daß Arbeiteremwanderung nicht selten die Arbeitsbedingungen der Einheimischen verschlechtert. Der Kongress müsse Maßnahmen zur internationalen Einwandererfürsorge vom Standpunkt der Arbeiterschaft festlegen. Knoll-Deutschland führte aus, daß Deutschland vor 20 Jahren unter der Einwanderung von polnischen und italienischen Arbeitern ebenso gelitten habe, wie heute Frankreich. Wenn der gegenwärtige Stand der Auswanderungsfrage so dringend sei, so liege die Schuld bei den Friedensverträgen. Sollte sich die Durchführung des Dawes-Plans als unmöglich erweisen, dann hätte Deutschland 20 Millionen Menschen mehr als es ernähren könne. Gurion-Polastina behauptete, daß Amerika nicht vertreiben sei, denn es sei der Brennpunkt des Auswanderungsproblems. Er empfahl gegenüber der Abschließung Amerikas in der Angelegenheit der Einwanderung zu protestieren. Schürmann-Deutschland schilderte die schmerzlichen Verhältnisse der ausgewanderten Intellektuellen, weil sie in den Ländern, wohin sie wandern, keine Organisationen haben, die sich ihrer annehmen können. Lagerle-Tschechoslowakei bemerkte, daß vor allem statistisches Material gesammelt werden müsse über die Arbeitsbedingungen in den Ländern, wohin der Auswanderungsstrom gehe. Die Auswanderung aus der Tschechoslowakei nach Deutschland sei zwar nicht so bedeutend, man müsse aber auf den Schutz der Saisonarbeiter bedacht sein, von denen jährlich 10 000 bis 15 000 nach Deutschland kämen.

Nochmals die Opfer beim Reichswehrmanöver. Zu der von uns veröffentlichten Berichtigung der Pressestelle des Reichswehrministeriums geht uns von der „Bremer Volkszeitung“ folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu: „Unsere Meinung über die Opfer beim diesjährigen Reichswehrmanöver im westfälischen und holländischen Gebiet ist durch die Berichtigung der Pressestelle des Reichswehrministeriums in keiner Weise erschüttert. Wir halten berichtet, daß sieben Soldaten und eine Frau bei diesen Manövern von Geschützen der Artillerie überfahren und getötet worden seien. Und dazu weiß die Berichtigung der bezeichneten Pressestelle nur zu sagen, daß dieser Teil der Meldung falsch ist. Was besagt das? Soll das etwa heißen, daß nicht sieben, sondern vier, fünf oder gar acht Soldaten getötet wurden? Oder soll behauptet werden, die Opfer sind nicht von Geschützen der Artillerie, sondern von Wagen der Maschinengewehrabteilungen oder anderen Fahrzeugen überfahren oder getötet? Man kann sich beim Lesen der sogenannten Berichtigung denken was man will. Damit ist sie aber auch als ein Verlegenheitsprodukt gekennzeichnet. Es wird dem Reichswehrministerium nicht gelingen, die tödlich verunglückten Opfer durch eine „Berichtigung“ zu neuem Leben zu erwecken.“

Am übrigen hat weder das Bremer Reichswehrbataillon noch die Pressestelle des Reichswehrministeriums uns eine Berichtigung unserer Angaben zugesandt und bisher hat es auch keine bürgerliche Zeitung Bremens gezeigt, unsere Meldung zu veröffentlichen oder von sich aus als unwahr zu bezeichnen. Es liegt in der Hand der Reichswehr, durch Veröffentlichung des Tatbestandes in dieser Sache Klarheit zu schaffen.“

Gewerkschaftsbewegung

Die billigen Hände. Ein Kapitel der Berufslehre.

Der Kapitalismus huldigt dem freien Spiel der Kräfte. Die Rücksichtslosigkeit gegen seine „Hände“ ergibt sich aus seiner Verantwortungslosigkeit gegen sie. Diese Rücksichtslosigkeit zeigt sich auch auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Den um die Zukunft ihrer Kinder besorgten Eltern wird von allen Seiten bezeugt, sie sollen sie, über die gesetzlich bestimmte Schulzeit hinaus, etwas lernen lassen. An sich durchaus richtig. Wenn nicht alle Eltern von dieser Belehrung und Uebertragung den rechten Gebrauch machen können, sei es, daß sie zur Zeit der Schulentlassung eines Kindes arbeitslos sind oder verkümpert arbeiten, wie es gerade gegenwärtig häufig vorkommt, sei es, daß ihre Lohnneinommen trotz regelmäßiger Arbeit zu gering ist, um alle ihre Kinder bis zum 20. Lebensjahre und noch länger zu unterhalten, dann geht die große Welle der „öffentlichen Meinung“ darüber hinweg mit dem Troste, daß die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen ja doch aus ungelertenen bestche und bestehen müsse, eine Lehre für alle also nicht notwendig, schließlich nicht einmal erwünscht sei.

Das Prinzip der Auslese der Söhne und Töchter beschränkt sich also — bis auf weiteres — in der Hauptsache immer noch auf das Vermögen der Eltern, auf deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die Ansprüche, die hinsichtlich des Veranlassens an die Eltern gestellt werden, sind nicht gering. Wir sehen hier ganz ab von dem Schul- und Hochschulstudium, obgleich im großen ganzen auch für dieses Veranlassen zutrifft, was über die Erlernung eines Handwerks oder eines kaufmännischen Berufes im Sinne der Belastung der Eltern zu sagen ist.

Ueber das Lehrlingswesen in den Kleinbetrieben des Handwerks und den Großbetrieben der Industrie ist in den letzten Jahren vieles geredet und geschrieben worden. Die Reformbedürftigkeit des Lehrlingswesens ist allgemein anerkannt. Der recht vorläufig gehaltene Entwurf zur Neuordnung liegt noch immer bei den Akten und scheint sich nicht herauszubringen. Doch selbst dann, wenn er in seiner ursprünglichen Fassung, mit weiteren Verbesserungen anstatt Verbesserungen angenommen werden würde, geht auch er an dem wirtschaftlichen Problem vorbei, das uns hier beschäftigt. Auch die Lösung der Industriellen, die sich in diesem Sommer mit der Lehrlingsausbildung für die Industrie befaßt und eine vierjährige Lehrzeit für notwendig erachtete, ging an der Frage der

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern

vollständig vorbei. In den Interessentengruppen, die für Lehrlinge Verwendung haben, gibt es als die selbstverständliche Voraussetzung, daß die Eltern für den gesamten Lebensunterhalt des Lehrlings aufkommen. Der Arbeiter oder Angestellte, der sich als Vater im Lehrvertrag dazu verpflichtet hat, ist nicht sicher davor, ob er nicht nach kurzer Zeit arbeitslos wird, sei es, daß er „stillgelegt“ oder weil er mit seiner Belegschaft eine Lohnzulage forderte, entlassen wird. Stirbt er gar vor Beendigung der Lehrzeit, dann bedeuert der Sohn für die Mutter statt einer Stütze eine große Last. Ist aber die Lehrzeit beendet, dann besteht weder für die Lehrenten noch sonst irgend jemand eine Verpflichtung, den Ausgelernten nun auch zu beschäftigen.

So haben wir in Berlin zurzeit Tausende junger Leute, die ausgebildet haben und mit dem Tage der Beendigung der Lehre auf die Straße fliegen. Bei den Banken ging es noch rascher. Sie zahlten den irrischgebundenen Bankgehilfen vielfach die Entschädigung für die letzten paar Wochen aus und ließen sie laufen. In einer recht ansehnlichen Zahl von Familien liegt der Vater heute seinem ausgelehrten Sohn arbeitslos auf dem Pflaster.

Die Eltern des Lehrlings haben nur zu entscheiden, ob sie ihren Sohn während der vorgeschriebenen Zeit in die Lehre geben wollen. Alles andere müssen sie dem Prinzipal überlassen bzw. seinem Interessentenverband. Die Innungen und Arbeitgeberverbände der Kleinbetriebe wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Mitwirkung der Arbeiter bei der Regelung der Lehrlingsentschädigung, des sogenannten Kostgelds, das meist nur ein Fahrgehalt ist. Auch die Herrschaften, die am eifrigsten für die Wiedereinführung mittelalterlicher Zustände schwärmen, wollen nichts davon wissen, daß der Lehrling früher von seinem Meister in Kost und Logis gehalten wurde, nichts davon, nunmehr eine dementsprechende Entschädigung zu zahlen. Der Hinweis darauf, daß früher ja auch Lehrgeld von den Eltern gezahlt wurde, ist hinfällig, da dies wohl bei kürzerer Lehrzeit geschah, nicht aber bei einer vierjährigen Lehrzeit. Nur einigen wenigen Organisationen, wie z. B. im Buchdruck- und Baugewerbe ist es gelungen, eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung festzusetzen. Aber auch in diesen Verträgen wird die Lehrzeit der Ausgelernten oft noch um ein Jahr verlängert, indem für das erste Jahr nach der Lehre ein so niedriger Lohn gezahlt wird, daß er nur erst das Kostgeld darstellt. Schlimmer noch als die Rücksichtslosigkeit, mit der den Lehrlingseltern alle Lasten aufgebürdet werden, ohne ihnen auch nur die Garantie zu bieten, daß der Ausgelernte vom Lehrherrn mindestens so lange weiterbeschäftigt werden

muß, bis er eine andere gleichwertige Arbeitsstelle gefunden hat, ist die Verantwortungslosigkeit, mit der die jungen Leute in Berufe genommen werden, wo sie zwar als

unbezahlte Arbeitskräfte

zu Berrichtungen ausgenutzt werden, die sonst von bezahlten, wenn auch schlecht bezahlten Arbeitskräften vorgenommen werden müßten, wo ihnen jedoch nichts beigebracht wird, was sie späterhin verwerten können oder doch höchstens nur sozial, was sie sich als ungelernete, aber bezahlte Arbeitskräfte in der gleichen Zeit von selber angeeignet hätten.

Trotz aller Organisationen und Statistiken gibt man sich nicht erst die Mühe, einen ungefähren Ueberblick über den Bedarf an beruflichen Nachwuchs in den einzelnen Berufen und Branchen zu bekommen, damit die Annahme von Lehrlingen diesem Bedarf einigermaßen angepaßt, der zu starke Andrang zu einigen Konjunkturberufen verhütet und eine sorgfältige Verteilung und Auswahl getroffen werden kann, die sowohl dem Bedarf an Lehrlingen wie der besonderen Befähigung der jungen Leute entspricht. Da keine gesetzliche Verantwortungsspflicht besteht, ein moralisches Verantwortlichkeitsgefühl aber gegen die Sucht nach billigen Händen nicht aufkommt, wird jedwede Oekonomie auf diesem Gebiete als überflüssig erachtet. Wo bleibt hier der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auch nur vom Standpunkt der Interessenten? Die wenigen Großbetriebe mit Lehrwerkstätten, in die nur Meisterlöhne oder sonstige Produktionsänder hineinkommen, machen hier wohl eine Ausnahme. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit muß jedoch insbesondere auch vom Standpunkt der Eltern und der Lehrlinge aus gefordert werden. Den Eltern muß das Opfer der Lehre durch bessere Entschädigung bzw. höheres Kostgeld erleichtert, den passivierten Lehrlingseltern durch stärkere Verpflichtungen die Ausbeutung, auf die sie es lediglich abgesehen, erschwert werden. Den Ausgelernten aber und damit auch den Eltern muß mindestens eine gewisse Garantie geboten werden, daß sie Arbeit bekommen und nicht unmittelbar nach Beendigung der Lehre entlassen und dadurch wirtschaftlich und moralisch aufs schwerste geschädigt werden.

Eine Arbeitszeit von 20 Stunden!

In der Zentralmarkthalle der Reichshauptstadt.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: In der Zentralmarkthalle herrschen hinsichtlich der Arbeits- und Lohnverhältnisse Zustände, die geradezu fürchterlich sind und der Öffentlichkeit nicht länger verheimlicht werden dürfen. Soweit die Gruppe Obst und Gemüse in Frage kommt, beginnt die Arbeitszeit in den meisten Fällen um 11 Uhr nachts, hauptsächlich das Ausladen der Wohnwagen. Um 5 Uhr geht der eigentliche Handel in der Markthalle vor sich. Haben die Arbeiter bis dahin geschuftet, so geht nunmehr bei Eröffnung der Halle die eigentliche Schinderei erst los. Wenn der Erfinder des Taylorsystems hier Studien machen wollte, er würde vor Reiz sterben, wenn er sehen müßte, wie hier die Arbeiter ausgebeutet werden. Um 1 Uhr nachmittags werden die Hallen geschlossen, aber die Arbeiter haben erst 1, auch 2 Stunden später Mittagspause bis gegen 4 Uhr, und dann wiederholt sich das Schauspiel von neuem bis abends gegen 10 Uhr, und dann ist Feierabend.

Eine tägliche Arbeitszeit von 19 bis 21 Stunden.

Wenn man bedenkt, daß jeder einzelne Arbeiter durch seine Leistung allein für drei Mann arbeitet, so kann man ermeinen, welche Zahl von Arbeitskräften hier eingestellt werden könnten, wenn der Markthallenarbeiter den Achtstundentag, welcher tariflich bis zum Jahre 1923 durch seine Zugehörigkeit zur Organisation erzwungen war, noch hätte. Vielleicht sieht sich die Markthallendeputation die Verhältnisse nur der Markthalle während der Zeit von früh 4 Uhr bis gegen Mittag näher an. Daß die sanitären Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen, sei nur nebenbei gesagt. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter keine Ueberstundenbezahlung erhalten, so mutet es geradezu ungeheuerlich an, wenn behauptet wird, daß bei einer Arbeitszeit von 19 bis 21 Stunden teilweise noch

Löhne von 20 und 30 M. pro Woche

gezahlt werden. Da kann es ja nicht Wunder nehmen, wenn hier und dort Handlungen begangen werden, durch die der Betreffende mit dem Strafrichter Bekanntschaft macht. Es soll ohne weiteres zugestanden werden, daß den Markthallenarbeitern eine Konkurrenz durch die Arbeitslosen auch zum Teil derjenigen aus dem Asyl droht. Aber bei geregelter Arbeitszeit würde diese Konkurrenz durch Einstellung von Arbeitslosen fortfallen. Es ist geradezu beschämend, wenn man erzählt, daß es vorkommen soll, daß die eigentlichen Arbeiter sich billiger anbieten, als die Erwerbslosen.

Aber ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter ein gerütteltes Maß von Schuld an diesen ungläublichen Zuständen haben, weil sie der gewerkschaftlichen Organisation den Rücken kehren, so ist der Stand, daß die Aufsichtsbehörden derartige Zustände dulden, nicht minder groß.

Aus der Berliner Wach- und Schließgesellschaft.

Man schreibt uns: In den Berliner Wachgesellschaften versucht man jetzt, die Beseitigung der Betriebsräte und Ausmerzung der organisierten Wächterschaft in die Wege zu leiten. Besonders rigoros geht hier die Berliner Wach- und Schließgesellschaft vor. Unterstützt wird die Direktion dieses Unternehmens durch die Herren Inspektoren, besonders einen Herrn Ziegler von der Inspektion VI, der in seinem frühe-

ren Arbeitsverhältnis Betriebsrat war und sich nicht radikal genug gebärden konnte. Auch als er noch simpler Wächter war, ließ er in den Versammlungen keine Schallmeien ertönen. Mit dem Augenblick aber, wo er Kontrolleur wurde, d. h. Offiziersadjutante erhielt, und gar jetzt als Inspektor, wo man noch ein paar Sterne auf den Schultern und am Kragen trägt, wehrt der Herr gegen den Betriebsrat und die Organisation. Der Ton dieses Herrn macht in dieser Inspektion die Musik. Er findet natürlich Unterstützung bei denjenigen Wachangehörigen, denen das Beitragszahlen zu viel geworden ist und sich, das weiß Herr Ziegler sehr genau, ohne Organisation leichter am Gängelbände führen lassen. Der frühere Arbeiter- und Betriebsrat weiß genau, wie man sich einstellen muß, um die Günst der Direktion zu erwerben. Schnidiges Kustreten nach militärischem Aufzug gegenüber den Wächtern, das macht sicher Eindruck nach oben hin. Vor einiger Zeit wurde das Betriebsratsmitglied Bittner wegen eines Nachvergehens entlassen, obwohl er noch nicht erwartet worden war und keinen Dienst seit Jahren zur Zufriedenheit versehen hat, andererseits kann man auch sehr nachsichtig sein. In der Inspektion VI (Hoher Steinweg) befinden sich Leute, die wiederholt schwer gegen die Dienstvorschriften verstoßen haben.

Für diese Leute gibt es nicht einmal eine Verwarnung. In dieser Inspektion ist auch ein Inspektor Radow tätig, der noch vor wenigen Monaten als Welt- und Direktionsumstürzer auftrat und heute seinem Herrn und Meister nachfolgt. Auch er hält es heute für notwendig, gegen Betriebsrat und Organisation, nur für die Interessen des Unternehmertums das große Wort zu führen. Ueber seine Dienstleistung ist er selbst im Bilde, aber er weiß ja, als Vorganisierter, als Mitspreiter gegen Betriebsrat und Verband kann er sich alles leisten.

Erfreulichweise scheint es auch in den Köpfen der Wächterschaft Licht zu werden. Man sieht langsam ein, daß man ohne Organisation nicht als freier Arbeiter angesehen wird, sondern dem Kadavergehorsam wieder unterworfen wird.

Aber nicht nur bei der Berliner Wachgesellschaft, sondern auch bei den anderen Gesellschaften ist es notwendig, daß die Angehörigen sich darauf besinnen, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern mit der übrigen organisierten Wächterschaft innerhalb des Deutschen Verkehrsbandes dafür zu sorgen, daß sie nicht weiter nur als Ausbeutungsobjekte betrachtet werden.

Die Arbeitszeit in Holland.

Angelehnt des Interesses, welches in allen industriellen Ländern für die Frage der Arbeitszeit besteht, veröffentlicht das Internationale Arbeitsamt eine Reihe von Studien über die gesetzlichen und administrativen Maßnahmen sowie die Tarifverträge, durch welche in verschiedenen Ländern die Arbeitszeit geregelt wird. Die neueste dieser Veröffentlichungen gibt eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage in Bezug auf den Achtstundentag in den Niederlanden.

In den Niederlanden ist die Arbeitszeit durch das Gesetz über die Arbeitszeit und die gefährlichen Industrien vom 1. November 1919, abgeändert am 20. Mai 1920, geregelt. Das Gesetz vom Jahre 1919, welches am 24. Oktober 1920 in Kraft trat, begrenzte die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag und 45 Stunden pro Woche. Das Gesetz vom 20. Mai 1920 erweiterte diese Begrenzung auf achtstündigen Stunden pro Tag und 48 Stunden pro Woche.

Das Gesetz wird im allgemeinen auf alle in einem Unternehmen ausgeführten Arbeiten angewendet. Außerhalb des Anwendungsgebietes des Gesetzes fallen gewisse Arbeiten, z. B. landwirtschaftliche und hauswirtschaftliche Arbeiten.

Durch allgemeine Durchführungsbestimmungen können gewisse dauernde Ausnahmen genehmigt werden. So kann die Höchst-arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche und 144 Stunden für einen Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Wochen erhöht werden, wenn es sich um ununterbrochene Arbeiten handelt, die von verschiedenen Schichten ausgeführt werden.

Die Bestimmungen der Tarifverträge vervollständigen die Bestimmungen des Gesetzes nicht nur in Bezug auf die Verteilung der Arbeitsstunden, sondern auch in bezug auf die Begrenzung und Bezahlung der Ueberstunden. Bekanntlich ist in den Niederlanden das System der Tarifverträge sehr entwickelt, vor allen Dingen seit 1918. Eine vom Zentralstatistischen Amt aufgestellte Statistik zeigt am 1. Januar 1922 insgesamt 702 Tarifverträge, welche 20 887 Betriebe mit 257 552 Arbeitern erfassen.

Wachung, Zimmerer! Heute nachmittags 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Alle Vertrauensleute und Betriebsräte des Buch-, Beton- und Tischgewerbes müssen erscheinen. Tagesordnung: 1. Fortleitung des Vertrages des Rollwagen-Triane. 2. Bericht von den letzten Verhandlungen. Zentralverband der Zimmerer, Köhler, Berlin.

Wetter für Berlin und Umgegend. Gmraß wärmer, zunächst noch heiter, später zunehmende Bewölkung mit Regen.

Verantwortlich für Politik: Gustav Reuter; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kunstleben: Dr. John Schittowski; Soziales und Sonstiges: Erik Hartwig; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Schmidt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdruks-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Bismarck-Platz.

Sophien-Säle Saal frei für Versammlungen
Veranstaltungsbüro: Sophienstr. 17
Veranstaltungsbüro: Sophienstr. 17

HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben. In Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der
Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

Herbst- u. Winterkleidung

Herren - Ueberg. - Ulster 20.-
m. Rückengurt u. Falte, hdb., graugemust. Stoffe

Herren - Winter - Ulster 24.-
moderne Form, grau mit angewebter Abseite

Herren - Winter - Ulster 36.-
gute Flauchstoffe

Herren - Winter - Ulster 45.-
elegante Muster u. Ausführung 77.- 55.-

Burschen-Anzüge in modernen Mustern... 22.50 **19⁵⁰**

Burschen-Ulster in grau u. braun, Fischgräten-Muster 31.25 **29⁵⁰**

Herren-Winter-Joppen mit warmem Futter 22.50 **14⁵⁰**

Herren-Loden-Mäntel gute Qual. 30.- **24⁰⁰**

Herren-Gummi-Mäntel
in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Herren-Sakko-Anzüge 29⁵⁰
farbig

Herren-Sakko-Anzüge 35.-
dunkel und graugestreift

Herren-Sakko-Anzüge 48.-
farbige, gediegene Stoffe

Herren-Sakko Anzüge 60.-
elegante Fassung, gute Verarbeitung 70.-

KLEIDER-VERTRIEB G. M. B. H.
Kommandantenstr. 80/81 — Osten, Warschauer Str. 33 — Lichtenberg,
Frankf. Allee 52 — Neukölln, Berl. Str. 47/48 — Norden, Müllerstr. 151

Der Weg der Milch.

Vom Pächter zum Verbraucher.

Um zwei Uhr morgens, wenn die Bewohner Berlins noch tief schlafen (falls sie sich nicht gerade erst niedergelegt haben), arbeitet bereits das Riesenwerk der Lebensmittelversorgung. Wieviel Eisenbahnzüge mit Gemüse, wieviel Herden von Kindern werden täglich in der Großmarkthalle am Bahnhof Alexanderplatz ausgeladen? Zu den Dingen, die täglich für den Bauch von Berlin herbeigeschleppt werden, gehört auch die Milch, die hier auf die mannigfaltigste Weise zur Verarbeitung gelangt. Folgen wir ihr für einige Augenblicke auf dem Weg vom Bahnhof in die größte Meierei Berlins, die, in Alt-Moabit gelegen, einem modernen Fabrikbetrieb gleicht.

Der Milchstrom.

Wie arbeitet diese Meierei im Fabrikformat? Die großen Anlagen in Alt-Moabit sind ein wahres Wunder an Organisation. Ein Land, wo Milch fließt in Strömen. Bei 200 000 Liter Milch täglich kann man mit einigem Recht von einem Milchstrom reden. An dem großen Gebäude laufen zwei Rampen entlang: eine äußere zur Anfuhr der rohen Milch, eine innere zur Verladung in die „weißen Wagen“. Zwischen diesem außen und innen wird die Milch bearbeitet. Autos und Wagen führen die Kannen der Bauern, Güter und Oeltonnen von den verschiedenen Bahnhöfen zu der äußeren Rampe. Der Inhalt der Kannen wird in große Behälter geschüttet, die mit einem engmaschigen Stahlgewir überspannt sind. Dies ist die erste primitive Reinigung von greifbaren Unreinlichkeiten. Aus diesen Behältern rinnt die Milch durch Röhren in große Sammelbecken, die im Keller sind. Mächtige Druckpumpen heben den Milchstrom in das erste Stockwerk, wo die eigentliche Entseimung, die Pasteurisierung, erfolgt. Eine große Halle mit mächtigen Retorten, die aussehen wie die Gasöfen in der Gasanstalt. Nur sind sie mit glasierten Ziegeln verkleidet. Ein Behälter fasst hier 30 000 Liter. Insgesamt können hier gleichzeitig 300 000 Liter untergebracht werden. Die Milch kommt zuerst in eine Zentrifugalmaschine, wo der letzte Schmutz herausgeschleudert wird. Eine Zentrifuge wird geöffnet: wir sehen am Rande des Reifels fingerdicken lehmigen Schlamm, die Beimengungen der rohen Milch.

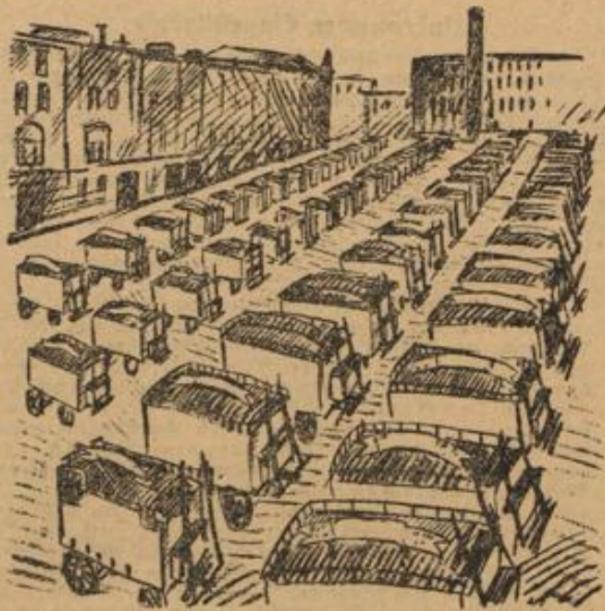
Das Pasteurisieren.

Jetzt erst kommt die Milch in den „Pasteur“ genannten Kessel. Hier herrscht eine Temperatur von mehr als 60 Grad, eine Temperatur, die ausreicht, Tuberkelbazillen und andere schädliche Keime zu vernichten. Ein elektrisches Fernthermometer zeigt im Raum des Betriebsleiters an, ob die richtige Temperatur im „Pasteur“ eingehalten wird. Die Kurve dieser Temperatur wird selbsttätig aufgezeichnet, um jederzeit nachweisen zu können, daß luftgerecht pasteurisiert wurde. Die Milch wandert jetzt drei Stockwerke hoch, um von dort an der Außenwand langgestreckter Kühlröhren, in deren Innern eine Kältemischung fließt, sich in das Erdgeschoss hinunter zu bewegen. Wenn die Milch unten anlangt, hat sie eine Temperatur von 2 Grad. Im Erdgeschloß stehen die selbsttätigen Füller. Ein Hebeldruck — und genau 20 Liter strömen in die bereitgehaltenen Kannen. Auf kleinen Wägelchen rollen diese zur inneren Rampe, zu den „weißen Wagen“. In anderen Sälen: da werden Kannen automatisch gereinigt und Flaschen gefüllt, ohne daß ein Hand die Flasche zu berühren braucht auf dem Wege, den sie vom schmutzigen Zustand bis zur verkaufsfertigen Ausstattung zurückzulegen hat. Ja, das Datum von heute ist inzwischen irgendwo in dieser geheimnisvollen Maschine auf den Verschluss gestempelt worden. Es ist ein notwendiger Grundlag in diesem Betriebe, daß die Hände der Arbeiter mit der Milch nie in Berührung kommen. Es herrscht überall eine erschreckende Sauberkeit, die man dem Unternehmen nicht einmal als Tugend anrechnen kann — denn sie ist nichts wie eine selbstverständliche Voraussetzung.

Was gibt es da nicht noch alles zu sehen: In der Säuglingsmilchherzeugung wird die Erhitzung bis auf 86 Grad erhöht. Dies ist die äußerste Hygienegrenze, bei der die Milch noch nicht kocht. Da sehen wir die Joghurtmilchherzeugung, die Käsefabrik (hier duftet es recht gut), den Magermilchbetrieb im Anschluß an die Butterei und die Erzeugung aller Sorten von Sahne. Noch aus der Molkerei, der wasserartigen Flüssigkeit, die bei der Käsebereitung abfließt, wird Milchzucker erzeugt.

Am frühen Morgen.

Um 5 Uhr morgens verläßt der erste Wagen den Fabrikhof; um 7 Uhr ist der Hof leer und verlassen. Das dröhnende Klappern der Milchkannen hat aufgehört. Nur ein paar neue noch nicht in Betrieb genommene Automobile und einige Reservewagen stehen noch hier, und das „Benzinpfund“, ein Zugmotor für Lasten, raucht von überstandenen Strapazen. Die weißen Wagen und Autos, diese fliegenden Milchläden, eilen durch die ganze Stadt. An allen Ecken



warten die Kunden — die weißgeschürzten Köchinnen im Westen und die schleimigährten Arbeiterfrauen im Osten — auf den Milchwagen, der seinen Unterschied macht zwischen Ost und West. Der Kutscher läßt das weiße Gewand aus den Hähnen an der Seite des Wagens in Kannen und Flaschen strömen; die mitfahrenden Jungen eilen inzwischen hinter die Häuser der Umgebung zu den ständigen Abnehmern. Dann geht die lustige Milchfahrt weiter. In den ersten Vormittagsstunden sind die äußersten Siedlungen am Rande der Stadt beliefert.

So geht es nun tagen, tagaus. Berlin ist unerfättlich, und wenn man beim Erleben dieses Betriebes einen Wunsch hat, so ist es der, daß der Verbrauch an Milch so gesteigert werden könnte, wie es der Wichtigkeit dieses Nahrungsmittels entspricht. Auch heute noch ist Milch für viele Großstädter ein Luxus, den sie sich nicht leisten können. Auch darin offenbart sich trotz des Ungehens unserer wirtschaftlichen Verhältnisse.

Der tägliche Straßenbahnzusammenstoß.

Auch der Montag brachte einen nicht ungefährlichen Straßenbahnzusammenstoß. So entgleitete gegen 10 1/2 Uhr vormittags in der Landsberger Allee, Ecke Petersburger Straße, der Seiwagen der in voller Fahrt befindlichen Linie 9 und legte sich über das Nebengleis. Unglücklicherweise war in demselben Augenblick aus der entgegengesetzten Richtung ebenfalls ein Straßenbahnwagen, der nun mit dem entgleitenden Anhänger zusammenstieß, wobei mehrere Fensterscheiben zertrümmert und sechs Fahrgäste mehr oder weniger erheblich verletzt wurden. Man schaffte sie nach der Rettungsstelle in der Warnemünder Straße, wo man ihnen Verbände anlegte.

Lange Abende.

Die Tage des herrlichen, heiteren Wetters sind vorüber, und die Sonne, die uns jetzt noch dann und wann lacht, leuchtet nicht lange. Früh wird es finster, und zwischen Feierabend und Schlafengehen bleiben ein paar leere Stunden. Auf dem Laubenland kann man sich in der Dunkelheit nicht mehr betätigen, und der Zeitvertreib der Bemittelten, Theater- und Konzertbesuch, hat keine Bedeutung für Arbeiterfamilien, weil ihnen für alle diese schönen Dinge das Geld fehlt.

Leider gibt es ja immer noch Menschen, die unter der Fron des Tages so schwer leiden, daß sie am Abend und nach endlich vollendeter Arbeit überhaupt keinen Sinn mehr haben für irgendwelche Zerstreuungen. Körper und Seele sind dermaßen abgelenkt und abgestumpft, daß sie nur Verlangen haben nach Ruhe, Ausruhen und Schlafen, um am nächsten Tag in aller Frühe wieder frisch zu sein zu neuer Schusterei. Glücklicherweise liegen jedoch nicht in allen Arbeiterfamilien die Verhältnisse so traurig und trostlos. Auch für Arbeiter kommt jetzt nach Feierabend, wenn die müden Hände ruhen, das Wetter und die Dunkelheit einen Aufenthalt im Freien nicht mehr zuläßt, eine gewisse Sehnsucht nach anregender Ueberwindung der Stunden bis zum Schlafengehen.

Die sorgenvollen Unterhaltungen, wie sie jetzt wohl vor Einbruch des Winters in Arbeiterfamilien geführt werden: wie wird es mit der Beschaffung der Winterkartoffeln werden, wie werden die Kohlenpreise sein, wie wird es möglich sein, warme Kleidung zu kaufen, alles das ist wahrlich nicht erheitlich und erheitend. Aber ein Mittel gibt es und eine Möglichkeit für Arbeiterfamilien, über die langen Abende mit Genuß und zugleich auch mit Vorteil für Herz und Gemüt hinwegzukommen. Dieses immer bewährte Hilfsmittel ist ein gutes Buch. Die Bibliothek der Partei in der Lindenstraße 3 (zweiter Hof 2 Treppen) bietet die Möglichkeit, sich gute Bücher zu verschaffen, und fast in jeder Familie wird es ein Mitglied geben, das aus dem Bibliotheksbuch vorlesen kann, so daß Mutter, die ja immer zu tun hat, zu ihrer Näh- oder Strickarbeit die allerbeste Unterhaltung hat. Schnell vergeht auf diese Weise die Zeit, rasch schlägt die Stunde zum Schlafengehen, und man freut sich, wenn man das Bett aufsucht, auf die Fortsetzung am nächsten Abend.

Um den § 218.

Der neue Prozeß gegen Apotheker Heiser.

In der weiteren Verhandlung gegen den Apotheker Paul Heiser und dessen Ehefrau ließ Landgerichtsdirektor Dr. Marquardt die Angeklagten sich eingehend über seine Handlungsweise äußern. Heiser mußte zugeben, daß er regelmäßig für seine Hilfeleistungen Geld empfangen habe. Es seien aber immer nur geringe Beträge gewesen, da es sich durchweg um Frauen von kleinen Leuten, Arbeitern, Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten gehandelt habe. Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden bestritt er jedoch, daß er, nachdem er aus der Haft entlassen worden sei, seine Tätigkeit fortgesetzt habe. Er lebe jetzt davon, daß seine Frau einen kleinen Parfümerieladen habe und von seiner Broschüre und dem Ertrag seiner Vorträge. Der Vorsitzende fragte den Angeklagten weiterhin, was er eigentlich zu erreichen gedachte, wenn er, um ein Gesetz zu besetzen, selbst strafbare Handlungen vornehme. Der Angeklagte erwiderte darauf, daß auf andere Weise die Sache nicht in Fluß kommen konnte. Es hätten genug Vereine auf diesem Gebiet gearbeitet, ohne etwas zu erreichen. Er habe nun einmal Sturm laufen und durch das Herausbeschwören eines großen Prozesses das Gemissen der Welt ermeden wollen. Mit Stolz verzeigte er, daß er durch keinen Prozeß erreicht habe, daß dem Reichstag wieder neue Anträge zugegangen seien. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten vor, daß er auf der Straße Zettel für das Schönheitsinstitut Autabor verteilt hätte, auf denen ein Storch mit einem Kind im Schnabel abgebildet sei. Der Angeklagte bestritt, diese Zettel auf der Straße verteilt zu haben. Das sei nur in seinen Vorstellungen gewesen. Schließlich bestritt der Angeklagte auch noch, daß er sich keinen Patientinnen in unzüchtlicher Weise genähert habe, während der Staatsanwalt ihm vorhält, daß das viele Zeuginnen bezeugen hätten und bekunden würden. Das bezeichnet Heiser als eine Verleumdung. Sehr energisch wendet er sich dann dagegen, daß er für geisteskrank gehalten werde. Es sei zwar richtig, daß

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexø.

Daher will ich schließen mit einem neunfachen Hoch auf den Herrscher, der ein Muster für alle Familienväter und Fürsten ist, dessen Herz bis in den ärmsten Winkel hin pocht, und dessen Name gesegnet wird in der Hütte wie auf dem Schloß. Der Volksherrscher Christian IX., er lebe hoch — hurra!

Der Festplatz hallte wider von neun donnernden Hurra-rufen.

Als es wieder still wurde, tönte halb ängstlich ein gellender Keirra von den Tannen herüber, dem ein vereinzelt Knabenhurra folgte.

Ein vernehmbarer Seufzer von Unwillen und Entsetzen durchzuckte die Versammlung, und es wurde so still, daß man deutlich das glucksende Lachen des dicken Mads hören konnte.

Der Bürgermeister bebte vor Zorn und verlor für eine Weile seine ganze repräsentative Würde. Jetzt ging es doch zu weit mit der Respektlosigkeit, jetzt hatte er als loyaler Unterthan die Pflicht, zuzupacken, selbst wenn seine ganze Popularität zum Teufel ging. Er gab dem Schutzmann Petersen und zwei Vertrauensmännern des konservativen Klubs einen Wink, und sie verschwanden im Dickicht, um die Verbrecher einzufangen.

Inzwischen sprach der Lehrer Schröder von dem bewährtesten Bauer und dem Frondienst, so daß den braven Bäuerinnen vor Mitleid mit ihren armen Stammväter das Wasser in die Augen trat. Doch jetzt sahe der Bauer im königlichen Rate und helfe, Land und Reich zu lenken — und er sei selber ein kleiner Herrscher auf seinem eigenen Boden. Und das alles habe Dänemark der Verfassung, dem „Grundgesetz“, zu verdanken. Darum wolle er die Versammlung bitten, ein Hoch auf das Grundgesetz auszubringen, wobei man des allergnädigsten Schirmherrn der Verfassung, des Königs, gedenke, ohne den das Gesetz leerer Schall gewesen wäre. „Der Freiheitsbrief des dänischen Volkes, das Grundgesetz, es lebe hoch — hurra!“

Als die Hurraufe erstarben, diesmal ohne irgendeine Disharmonie, kam Schutzmann Petersen zurück und erklärte, er könne die Missetäter nicht finden.

Der Bürgermeister war enttäuscht. Er hatte berechnet, daß das Ereignis, wenn es in geeigneter Weise vorgebracht

wurde, ihn wohl eines kleinen Ordens würdig erscheinen ließ. Aber diese Aussicht schwand, wenn er die Schlingel nicht ausfindig machte und mit harter Hand zu Majestätsverbrechern stemmelte.

Der Bericht des Schutzmanns stimmte denn auch nicht ganz mit der Wahrheit überein. Die drei Männer hatten nämlich zwei Knaben gefangen, die in dem Bewußtsein drohender Gefahr im Begriff waren, sich von den Bäumen hinabgleiten zu lassen. Doch bei einem in Eile ausgenommenen Verhör ergab es sich, daß die beiden Knaben nur in das Hoch mit eingestimmt hatten, das von dem eigenen Sohn des Bürgermeisters, Theodor, ausgebracht worden war. Der Schutzmann hielt es unter diesen Umständen für zweckdienlich, alle weiteren Nachforschungen einzustellen, indem er darauf baute, daß der Bürgermeister ihm für sein Verhalten Dank wissen werde.

Währenddessen sah man den Schneidermeister Frank in selbstbewußter Haltung auf die Rednertribüne zugehen. Er bewegte im Gang den Oberkörper in vornehmer Weise, sprach mit sich selbst und gestikuliert lebhaft. Dann stellte er sich abwartend unter der Rednertribüne auf und sah zu dem Bürgermeister empor; es war klar, daß er etwas sagen wollte.

Enttäuscht wandte sich der Bürgermeister von Petersen ab und nickte zustimmend zu Frank hinüber. Meister Frank hatte schon früher bei politischen Gelegenheiten Zeugnis abgelegt. Es machte einen guten Eindruck auf die Leute, einen von ihrgleichen unter den Vornehmen zu sehen, und dem Schneidermeister gedrag es gewöhnlich nicht an Worten.

Bei solchen Gelegenheiten harrte er hernach immer aus, bekam etwas Gutes zu trinken und diente zur Unterhaltung. Und Frank war nicht der Mann, der am Tage nach einem politischen Gelage darauf pochte, daß er mit Schultzeiß und Apotheker Bruderschaft getrunken hatte.

Würdig spazierte Frank auf die Rednertribüne, seinen Gebroch um sich zuckelnd, so daß die Umrisse einer Flasche sichtbar wurden. Die Leute sicherten und flüsternten.

Frank sah halb perfide, halb ernst aus, lachte plötzlich übers ganze Gesicht und war dann wieder ernst. Er war bekannt als großer Spasvogel, wenn er etwas im Kopf hatte, und die Leute warteten gespannt. Er artikuliert einige Male, doch ohne einen Laut hervorzubringen.

Wie immer bei solchen Gelegenheiten begann er, von der Liebe des Königs zum Volke und der Liebe des Volkes zum Könige zu reden, von dem König, der für alle Sorge, und

der Pflicht aller, dankbar gegenüber dem König zu sein und ihn gleich hinter Gott zu setzen. Es war eine etwas plumpe, aber gutgemeinte Aufwärmung der vorübergehenden Reden, die nicht die verbrecherische Absicht hatte, das Volk für den Absolutismus aufzuwiegeln, sondern nur darauf hinauslief, Frank selbst einen vernünftigen Abend zu schaffen.

Doch plötzlich stockte er, starrte über die Zuhörer hin und ließ den Blick unverwandt auf einer Gruppe kleiner Tannen verweilen. Dann streckte er hinüberweisend den Arm aus und rief:

„Da unten in den kleinen Tannen liegen zweiundzwanzig reine Jungfrauen und ein Schutzmann an jedem Ende.“

Die Versammlung brach in Lachen aus, doch Frank fuhr fort, beschwörend hinüber zu zeigen.

Dann kehrte er zu seiner Rede zurück, und man lauschte. Er machte einige abweisende Bewegungen vor seinem Gesicht und wandte sich zu einer Schar Bäuerinnen:

„Es ist Brei in der Luft, wider Wasserbrei. Rühr im Topf, Mutter, es kocht über!“

Man wandt sich vor Lachen.

„Bringt ihn herunter!“ kommandierte der Bürgermeister.

„Der Mann hat ja das Delirium.“ Frank ließ sich bereitwillig forschaffen, von einem Schwarm von Neugierigen eskortiert, die sich über sein Gefasel freuten. Sein Mund stand keinen Augenblick still. Drüben auf der Grenzmark ließ der Schutzmann ihn los und befahl ihm brav nach Hause zu gehen.

Auf dem Festplatz begannen die Leute sich zu rühren. Sie sehnten sich nach einer kleinen Herzstärkung nach allen den ersten Dingen und machten ein paar Schritten nach dem dicken Mads hin. Als jedoch ein alter gichtkranker Schiffer auf die Rednertribüne hinkte, um die Redner zu interpellieren, lehrten sie auf ihre Plätze zurück.

„Sehen Sie, ich hab nie viel auf das Grundgesetz gegeben, das besagt, daß alle gleich sein und regieren und am Ruder stehn sollen. Und dann alle die Bauern im Rate des Königs! Ich habe immer die Ansicht gehabt, daß einer das Kommando auf einem Schiff führen soll, und daß die anderen das Ruder halten und gehorchen sollen. Und wenn sie das nicht wollen, so sollen sie wegen Meuterei an Bord bestraft werden. Sehen Sie, so bin ich selber gefahren, und ich möchte wünschen, daß der König alle Reichstagsabgeordneten von der Kommando- brücke verjagte und selbst die Schute lenkte.“

(Fortsetzung folgt.)

sein Vater und seine Geschwister an Paralyse gestorben seien, er selbst aber sei vollkommen geistesklar und er lasse sich seine große Wision dadurch nicht herabwürdigen, daß man Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit erhebe. Es wurden dann die Frauen und Mädchen aufgerufen, die von Heiler in Behandlung genommen worden waren und die in erschütternder Verlegenheit über die Vorgänge berichten mußten. Wegen einer Reihe der Zeuginnen schwebt noch selbst ein Strafverfahren.

Berlin SO. bei Nacht.

Die abendlichen und nächtlichen Sicherheitsverhältnisse im inneren Südosten scheinen allmählich, begünstigt von der vollkommenen unzureichenden Beleuchtung, Formen anzunehmen, die einer Reichshauptstadt unwürdig sind. Es geht uns folgender Notiz aus, den wir unverändert bringen:

„Eine immer größere Unsicherheit macht sich in den Straßen des Südostens bemerkbar. Es vergeht kaum eine Nacht, in der nicht irgend jemand vom Leben zum Tode befördert wird. Belästigungen von Passanten sind an der Nachtordnung. Für die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag waren zu verzeichnen: In der Grünauer Straße ein Notwehrakt, Resultat ein Toter. In der Wiener Straße eine Messerschere zwischen Jugendlichen, Resultat zwei Verletzte. Am tollsten ist es in der Büdlerstraße zugegangen. Dort wurde im Verlaufe eines Streites der hilfslosigste Friederich Julius durch einen Schuß in die rechte Kopfhälfte tödlich verletzt. Jedoch genügt dies dem Täter noch nicht, denn er schlug auf den im Sterben Liegenden noch ein und trat mit den Füßen nach ihm. Ein Passant, der gegen den Mordling vorging, wurde mit der Schußwaffe bedroht. Der Verletzte erlag im Bethanienkrankenhaus noch in der Nacht seinen Verletzungen. Vermieden hätte diese Schicksale werden können, wenn auf die Alarmposten des Wächters Schuppel eingetroffen wäre.“

Dafür, daß dies hier von privater Seite geschilderte Zustände der Wirklichkeit entsprechen und daß die geäußerten Bedenken vollkommen zutreffen, liefert der folgende Bericht über ein geradezu entsetzliches Vorkommnis den Beweis: Die Gegend der Schillingstraße und das Engländer in der Nähe des Gärtnicher Bahnhofs ist der Treffpunkt von jugendlichen Bagabunden männlichen und weiblichen Geschlechts geworden. In späten Abendstunden sitzen hier auf dem Gelände der Burschen, päbeln vorübergehende an, und nicht selten kommt es hier zu Schlägereien mit Passanten, in deren Verlauf diese die Christen oder sonstige Verächter anzuweiden werden. Jetzt ist es gelungen, einen der Burschen zu fassen. Das erbeutete Geld wird dann meistens mit den „Freundinnen“ auf dem benachbarten Kummelplatz an den Mann gebracht. Am Freitagabend mußte ein Herr mit seiner Frau, die hochschwanger ist, die auf dem Gelände stehende Korbwände passieren. Die Burschen machten über die Frau unflätige Bemerkungen, und als das Ehepaar sich schnellen Schrittes entfernen wollte, sprang einer der Bengels herunter und verfecht die Frau einen Schlag vor den Leib, der so heftig war, daß die Frau auf der Stelle zusammenbrach. Passanten, die den Vorfall beobachteten, eilten hinzu und veruchten, der Robbia festzunehmen. Es entstand jetzt eine allgemeine Prügelei, bei der die Burschen von ihren Gemahnen Jutzu erhielten. Besonders drei junge Blümmler taten sich hervor. Es gelang ihnen, auf die Straßenbahnlinie 3 zu springen. Die aufgeregte Volksmenge versuchte, jetzt den Wagen der Straßenbahn zum Halten zu bringen. Der Führer wollte dies auch tun, doch forderte der Schaffner ihn immer wieder auf, weiter zu fahren. An der Ecke der Köpenicker und Halleserstraße gelang es endlich der verlassenen Menge, den Wagen anzuhalten und die drei Burschen herauszuholen. Diese griffen jetzt zu ihren Parabolrevolvern und veruchten auf diese Weise, der Bahnstation zu entgehen. Inzwischen waren Schupo-Beamten hinzugekommen und hatten zwei festgenommen. Der dritte der Burschen war zu Boden geschlagen worden und von der wütenden Menge derzeitig bedroht, daß die Polizeibeamten für seinen Tod fürchten, ihn befreien. Diesen günstigen Augenblick hatten aber die beiden anderen benützt, um zu entkommen. Die Kriminalpolizei ist ihnen auf der Spur. Der mit knapper Not der Bahnstation entgangene Korbist ist der 24 Jahre alte Keilner Walter Jahn, der sich wohnungslos in Berlin umhertrieb. Die geschlagene Frau liegt schwer krank da nieder.

Es scheint in der Tat, daß dieser Stadtbezirk abends und nachts ein ganz anderer polizeilicher Schutz gewährt wird als bisher und die Bevölkerung ist der Ansicht, daß das auch möglich ist, wenn man die Schupo-Beamten von aller überflüssigen militärischen Ausbildung endlich befreit und sie lediglich zu Schupo-Beamten ausbildet.

Die Angst des Herrn von Eyern... oder volksparteiliche Kommunalpolitik.

Im Rathaus befragt sich Herr von Eyern, der volksparteiliche Landtagsabgeordnete und Rätegänger, Staatssekretär für die Bürgerblutschreiber. Seinen Schmerz darüber, daß er im Landtag die große Koalition immer noch nicht hat torpedieren können, löst er im Rathaus gründlich aus. Wenn irgendwas wieder einmal unmögliche Situationen im Rathaus entstehen, kann man hundert gegen eins wetten, daß Herr von Eyern, getreulich unterstützt von dem Demokraten Werten, seine Finger im Spiel hat. Ramentlich seitdem die Vorsteherwahl schief gegangen ist, kennt die Mut keine Grenzen. Alles, was diese Herren kommunalpolitisch vorzubringen haben, läßt sich in dem einen Wort zusammenfassen: sie haben Angst davor, daß es der Stadt zu gut gehen könnte, daß sie ihren wirtschaftlichen Einfluß im Interesse ihrer Bewohner ausdehnen möchte. In der Inflationszeit haben die Volksparteiler als typische kapitalistische Partei Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um der Stadt auch die Werke zu nehmen. Jetzt hat Herr von Eyern auf dem Berliner Parteitag der Deutschen Volkspartei sich auch zu den schwebenden Fragen der Berliner Kommunalpolitik geäußert. Nach einer zutreffenden Schilderung der augenblicklich günstigen finanziellen Lage der Stadt fährt er beschwörend fort:

„Es werde aber versucht werden, zu verhindern, daß Berlin diesen einmaligen Zustand verwende, um Luxusausgaben damit zu befreiten oder seine privatwirtschaftliche Tätigkeit auszudehnen. Niemand denke daran (1), die Monopolwerke Berlins, Gas, Wasser, Elektrizitätswerte — der Privatindustrie zu überantworten. (Die Trauben hängen hoch zu hoch. D. Red.) Aber andererseits sei die jetzige (1) demokratische Regierungsform wohl kaum geeignet, um der Stadt in weiterer Umgebung Wirtschaftsgüter in die Hand zu geben, wodurch ein Einfluß ausgeübt werden könnte, der vielleicht nicht immer frei von politischer Einseitigkeit sei. Die große Mehrheit der Fraktion der Deutschen Volkspartei habe deshalb auch der Begründung einer Stadtbahn widerprochen (1), obwohl anerkannt werden müsse, daß eine solche für den Mittelstand nicht ohne Bedeutung sei. Man wolle sich aber grundsätzlich (1) auf den Standpunkt stellen, daß die Stadt nicht dazu da sei, den eigenen Bürgern Konkurrenz zu machen.“

Das ist der typische Standpunkt des Haus- und Grundbesitzers. So sowie der kleinen Krämer von Schilda. Nur keine kommunalen Unternehmungen! Was ist die Stadt da! Allerdings um Nachtwächter anzustellen, Straßenlaternen zu beleuchten und zu verhindern, daß der Spießer in seiner Ruhe gestört wird. Alles andere ist vom Uebel. Mit diesen Argumenten haben Wirtschaftsparteiler und andere geistig Berwardte der Deutschen Volkspartei stets jeden Fortschritt auf kommunalpolitischem Gebiet zu verhindern gesucht. Jetzt, im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts

und steigenden Einflusses der Bevölkerung auf die Gemeindeverwaltung, haben sie vor nichts so sehr Angst als vor Leistungen der Gemeinde. Es wird ihnen nichts nützen! Der Gedanke der Gemeindegewalt wird sich doch durchsetzen.

Billigere Tarife.

Strom 16, Wasser 17, Gas 16 Pfennig.

Der Aufsichtsrat der Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke U. G. hat gestern nach eingehender Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Werke eine durchgreifende Herabsetzung der Preise bei allen Werken beschlossen. Der Strompreis wird unter Beibehaltung der Grundgebühr von 18 Pf. auf 16 Pf. für die Kilowattstunde ermäßigt. Der Wasserpreis wird von 19 auf 17 Pf. herabgesetzt. Bei den Gaswerken wurde die Gebühr von 19 auf 16 Pf. ermäßigt und gleichzeitig Konsumenten mit erheblichem Verbrauch ein besonderer Rabatt zugebilligt. Ferner wurde beschlossen, eine nach Größe des Gasmessers gestaffelte Miete zu erheben, ähnlich, wie sie vor der Inflationszeit bestanden hat. Die durch die Herabsetzung der gesamten Werttarife der Bevölkerung erwachsene Ersparnis wird auf mindestens 8 Millionen Mark pro Jahr veranschlagt.

Unbequemes Eingeständnis.

Schon vor längerer Zeit haben wir als erstes Berliner Blatt eingehende Mitteilungen über die bevorstehende Tarifherabsetzung der Berliner kommunalen Werke gemacht. Allmählich sind diese Tatsachen schließlich auch bis zu den Redaktionen der bürgerlichen Blätter durchgedrungen. Wohl oder übel müssen sie ihren Lesern jetzt von diesen Dingen Mitteilungen machen, trotzdem das sehr schlecht zu der mit Eifer und Ausdauer, wenn auch ohne Erfolg gegen den Kommunalisierungsgedanken betriebenen Heße geht. Heute reiben wir uns erkundet die Augen, wenn wir ausgerechnet in der „Deutschen Zeitung“, deren kommunale Redaktion sich durch ungewöhnliche „Kenntnisse“ auszeichnet, folgendes „Eingeständnis“ finden:

„Zu der bevorstehenden Ermäßigung der Wasserpreise schreibt uns ein Beter: Vor einigen Tagen haben Sie berichtet, daß die Werttarife der Berliner Wasser- und Industriewerke ermäßigt werden sollten, was selbstverständlich begrüßt werden würde. Eigentümlich muß man es aber doch empfinden, wenn die kommunalisierten Betriebe zuerst mit dem Preisabbau beginnen. Im Gegenzug dazu muß man sich doch wundern, daß private Wirtschaftsbetriebe ihre Tarife, insbesondere die Charlottenburger Wasserwerke, bereits schon vor einiger Zeit erhöht haben. Z. B. zahlte wir hier in Neutölln bis Monats April pro Kubikmeter 0,21 M. Seit dieser Zeit ist der Tarif erhöht, und zwar bis 33 Kubikmeter — je 36 Goldpfennig, bis 100 Kubikmeter — je 21 Goldpfennig, über 100 Kubikmeter — 16 Goldpfennig, so daß wir uns doch früher bei Berechnung mit 21 Goldpfennig pro Kubikmeter weit besser gestanden haben. Ich habe z. B. in meinem Hause 114 Kubikmeter Wasser verbraucht und muß jetzt dafür laut Rechnung 28,19 M. zahlen, während es bei 21 Goldpfennig pro Kubikmeter nur 23,94 M. macht. Es wäre doch endlich am Platze, daß auch die privaten Wirtschaftsbetriebe ihre Preise endlich abbauen wollen, zumal die vom Magistrat bewilligten Zuschläge bei weitem nicht ausreichen.“

Die „Deutsche Zeitung“ hat, wenn sie überhaupt über kommunale Vorgänge Groß-Berlins etwas berichtet, Reumutheit ihres losbaren Papiers dazu verwandt auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, weil sie mit Zähnen und Klauen das städtische Eigentum an diesen wichtigen Werken verteidigt hat zu einer Zeit, wo zu dieser Verteidigung Einsicht und auch Mut gegen über der allgemeinen Verheerung gehörte. Es geht eben mit diesen Dingen, für die die Sozialdemokratie zu einer noch ungenügenden Zeit eingetreten ist, genau so wie mit dem Kampf um Groß-Berlin. Allmählich bearbeitet auch der Dämmis: daß die sozialdemokratische Kommunalpolitik die richtige gewesen ist.

„Bankier“ Willi Bruh verhaftet.

Vor einigen Wochen wurde der Zusammenbruch des böllischen Bankhauses Willi Bruh, dessen Hauptgeschäft in der Brandenburgischen Straße in Wilmersdorf liegt, gemeldet. Der Zusammenbruch dieses Bankhauses, das von böllischen und nationalistischen Parteien und Verbänden protegert wurde und dessen Leiter der erst 25 Jahre alte Willi Bruh war, erregte großes Aufsehen. Bieviel Kapital verloren gegangen ist, steht bis jetzt auch noch nicht fest. Bruh hatte sich sofort wegen angeblicher Geisteskrankheit in ein Sanatorium nach Sanktly zurückgezogen. Dort ist er gestern verhaftet und sofort dem Untersuchungsrichter zugeführt worden.

Der 23. Weltfriedenskongress in Berlin.

Vom 2. bis 8. Oktober findet in Berlin der vom Internationalen Vorstand der Friedensgesellschaften einberufene 23. Weltfriedenskongress statt. Die öffentlichen Verhandlungen beginnen am Sonntag, den 5. Oktober, mit einer Gedenkfeier für die Toten der letzten zehn Jahre, die im Dienortungsfoale des Reichstages abgehalten wird und zu der Ferdinand Buisson-Paris, Mrs. Pethick-Lawrence, London und Paul Löbe-Berlin das Wort nehmen. Die Hauptthemen des Kongresses sind erstens die internationale Abrüstung, zu der der deutsche Völkerrechtler Dr. Hans Wehberg, der fran-

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 30. September.
Tageseinteilung. 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktionsbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tondienstbericht der Berliner Vorbörse (nur Montag bis Freitag). 12.55 Uhr nachm.: Uebermittlung des Zeitzeichens. 1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tondienstbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produktions- und Viehbörse; amtliche Divisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide eif. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise). 4.30—6.25 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. An dich, Serenade, Czibulka, 2. Ouvertüre an der Oper „Zampa“, Herold. 3. O schöner Mai, Walzer, Joh. Strauß. 4. Träume, R. Wagner. 5. Fantasie aus der Oper „Hoffmanns Erzählungen“, Offenbach. 6. Hochzeitsständchen, Klöse. 7. Extravaganzen, Potpourri, Morena. 8. Lotosblumen, Walzer, Ohlsen. 9. Schade, Schatz, daß die Zeit so schnell vorbei war, Marsch aus der Operette „Die Frau ohne Kul“, Kollo. Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Röthemann: „Fünf Jahre Technische Nothilfe“ (anlässlich des fünften Jahrestages der Technischen Nothilfe). 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe: „Der Naturschutz und seine Ausübung“. 3. Vortrag: Herr Dr. Hermann Helfer, Herausgeber der Zeitschrift „Naturschutz“; Ueber Naturdenkmäler und Naturschutzgebiete. 8.30—10 Uhr abends: Orchesterabend. Dirigent: Otto Urack, früher Kapellmeister an der Berliner Staatsoper. 1. Ouvertüre „Floto Bursche“, Fr. v. Suppé. 2. Sylvis-Suite, L. Delibes, a) Prélude, b) Intermezzo et Pescapoleto (Vals lente), c) Piccino, d) Cortège de Bachus. 3. Intermezzo (III. Akt) aus der Oper „Carmen“, Bizet. 4. Suite II aus „Peer Gynt“, Grieg, a) Ingrid's Klage, b) Arabischer Tanz, c) Heimkehr, d) Solvöge Lied. 5. Fantasie aus der Oper „Aida“, Verdi. 6. Fantasie aus der Oper „Butterfly“, Puccini. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theatervor-

schiffe General Verray-Paris als Referenten und die deutschen Generale von Deimling und Freiherr von Schönau in der Debatte sprechen werden. Das zweite Hauptthema ist „Pan-Europa und Völkerbund“, zu dem der Begründer der Pan-Europa-Idee, Dr. Graf Coudenhove-Kalergi, selbst referiert, außerdem vom Standpunkt der speziellen Völkerbundarbeit aus der Abgeordnete Léon Blum-Paris und Professor Schücking-Berlin. Die Plenarsitzungen des Kongresses finden in Sitzungsfoale des Reichswirtschaftsrates statt. Es sind für den Kongress eine große Zahl von Delegationen aus allen Ländern angemeldet.

„Ich kenne die Person gar nicht!“ Das Schicksal einer Verführten.

Der eigentliche Angeklagte und Verurteilte war in einem Meineidsprozess, der vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen eine Frau Z. zur Verhandlung gelangte, der Mann, der die Anklage durch eine anonyme Anzeige ins Rollen gebracht hatte. Das Schicksal der Angeklagten erregte allgemeine Teilnahme und menschliches Mitleid.

Frau Z. hatte in Hamburg, wo sie verheiratet war, den Postinspektor Meyer kennen gelernt, der es verstand, sie so für sich zu gewinnen, daß sie sich mit ihm in nähere Beziehungen einließ, nachdem ihre eigene Ehe gescheitert war. Auch Meyer war verheiratet und lag in Scheidung. Später zog das Liebespaar nach Berlin und lebte hier zusammen, bis Meyers des Verhältnisses überdrüssig wurde und die Absicht begab, sich reich zu verheiraten. Frau Z. erfuhr, daß er sich verlobt hatte, und suchte die Braut auf. Hier traf sie auch ihren bisherigen Freund, der nun die Stirn halte, sie zu verleugnen und seiner Braut in Gegenwart der Z. zu erklären: „Ich kenne die Person gar nicht.“ Er ließ seine Geliebte durch keine zukünftige Schwiegermutter sogar aus der Wohnung werfen. Um nun das lästige Verhältnis loszuwerden, leitete er sich hin und erstattete eine anonyme Anzeige, monach Frau Z. in seinem Ehescheidungsprozess in Hamburg einen Meineid geleistet habe. Der Kriminalkommissar, der die Ermittlungen anstellte, war über das Verhalten des Meyer so empört, daß er die Akten der Postbehörde einlieferte. Wegen den Postinspektor schwebte schon ohnehin ein Disziplinarverfahren. Zur Rede gestellt, gestand er ohne weiteres ein, daß er die Anzeige selbst erstattet habe. Um allen weiteren Anfechtungen aus dem Wege zu gehen, verzichtete er auf Pension und Titel und schied aus dem Amte aus. In dem gefirgten Prozess war die Angeklagte geständig. Sanitätsrat Dr. Leppmann bezeichnete die Z. als eine Frau von großer Anständigkeit. Wenn man auch nicht von einem Heiratsverhältnis sprechen könne, so sei sie doch so stark von ihrem Geliebten abhängig gewesen, daß ihre Tat in außerordentlich mildem Lichte erscheinen müsse. Auch Staatsanwaltshofrat Haintr war der Meinung, daß der Angeklagten alle Milderungsgründe, die menschlich und gesetzlich vorhanden seien, zugebilligt werden müßten. Er beantragte 6 Monate Gefängnis und Bewährungsfrist. Das Gericht ging, entsprechend den Ausführungen des Verteidigers, noch unter dieses Strafmaß hinunter und erkannte auf 4 1/2 Monate Gefängnis, für welche Strafe die Angeklagte Bewährungsfrist erhielt.

Schankeüberschuh oder Schankverlust.

Zu diesen Ausführungen wird uns von der Direktion des Café „Waterland“ eine Entgegnung überfandt, die wir aus Gründen der Loyalität im folgenden wiedergeben: „Kellner und Japfer haben in unseren Betrieben, bei Strafe sofortiger Entlassung, strengste Instruktion, die Biergläser voll gefüllt dem Publikum vorzusetzen. Das Publikum wird stets darauf hingewiesen, sich bei untermen Aufsichtspersonal zu beschweren, wenn die Gläser nicht voll sind. Die schnelle Abwicklung des Betriebes bringt es aber doch mit sich, daß manche Gläser dem Publikum nicht vollständig gefüllt werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß bei dem hektischen Bier 1 1/2 bis 2 Liter übrig bleiben. An diesem Ueberschuh dürfen Japfer und Kellner natürlich keinen Anteil haben, denn das wäre ein Anreiz, nach Möglichkeit für ihre Taschen zu wirtschaften. Die beiden Jäger veruchen 8 bis 10 Liter pro Hektoliter für sich zu verwerten und sind daher sofort entlassen worden. Der Japfer fand sich mit seiner sofortigen Entlassung ab. Der Kellner klagte in Höhe von 385 M. Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Gewerbegerichts hatte sich der Beklagte freiwillig bereit erklärt, 50 M. Abfindung zu zahlen, worauf der Kläger seine Klage zurückzog.“

Raffensfleischvergiftungen.

Im Bereich des im Polizeiamt Mitte belegenden 8. Polizeireviers sind gestern etwa 10 Personen infolge Fleischvergiftung erkrankt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Erkrankten hatten sämtlich Schabefleisch gegessen, das aus einer Schlächterei in der Oranienburger Straße stammt. Näheres werden die ärztlichen Untersuchungen ergeben.

Todesprung aus dem fünften Stockwerk.

Montag vormittag um 11 Uhr stürzte sich im Hause Goltzstr. 25 in Schöneberg die 44 Jahre alte Frau Wilhelmine K. aus dem 5. Stockwerk gelegenen Kurfürstent auf den gepflasterten Hof herab. Sie blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen. Das Motiv zu der Tat bedarf noch der Aufklärung.

Der Besuch der eisenbahntechnischen Ausstellung in Seddin bei Berlin hat in der letzten Woche dauernd zugenommen und betrug am Ende etwa 30.000 Besucher. Am letzten Sonntag waren es allein 85.000 Personen, die die Eisenbahn nach Seddin besichtigt hatte. In diesen Tagen fahren mehrere Diesellokomotiven, am nächsten Mittwoch werden voraussichtlich wieder die Turbomaschinen fahren.

Die Vereinigten Staaten von Europa und der Welt laitet das Thema einer öffentlichen Rundgebung im ehemaligen Herrenhause, Reppinger Str. 3 in Berlin, mit der Internationale Gesellschaftung ihren Höhepunkt erreichen wird. Hauptredner ist der römische Professor Dreikano, der deutsch spricht. Von deutscher Seite reden: Dr. B. Fabian, Herrar Franke, Senatspräsident Argenmuth, Hellmut von Gerlach, Dr. H. Hergmann, R. H. Tom Wall, Prof. V. Duhde, Prof. Paul Dehrens, Hans Schwann, Ludia Eißner, W. D. Ströbel. Programm und Karten durch die „Berliner“, Berlin, Magdeburger Str. 7.

Prof. Victor Bois-Paris trifft anlässlich des 23. Weltfriedenskongresses mit zahlreichen anderen Franzosen in Berlin ein. Er wird mit Hellmut von Gerlach am Mittwoch, den 1. Oktober, abends 9 Uhr, im ehemaligen Herrenhause (Reppinger Str.) sprechen über: Die europäische Lage und die deutsch-französische Verständigung. Karten (2 M.) im Bureau der Deutschen Liga für Menschenrechte, Wilhelmstraße 48 III.

Im Völkerischen Museum in Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6—8, hält Kultur Dr. G. Ulrich Vorträge über „Ereignisse und Wirt.“ bis um 6 1/2 Uhr abends; am Mittwoch, den 1. Oktober, über „Näherliegende, Norddeutsche, Eintritt ist 50 Pf. Ausst. über Völk. wird vorher täglich 9—1 Uhr (außer 4. Oktober) erteilt.“

Norwegische Jochisten sprengen ein Wasserwerk! Aus Kristiania wird gemeldet, daß auf die Wasserwerke von Aker ein Dynamitattentat verübt worden ist, wodurch die Hauptwasserleitung gesprengt und die Wasserversorgung für 60.000 Einwohner der Stadt lahmgelegt wurde. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß das Attentat das Werk eines schicksalhaften Provokateurs war, der die freitrenden Kommunalarbeiter Aker zu unbesonnenen Sabotageakten zu verleiten versuchte.

Schnelligkeitsrekord des „Cap Polonio“. Der Sonnabend in Rio de Janeiro eingetroffene Dampfer „Cap Polonio“ der Hamburg-Südamerica-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 18,13 Seemeilen die Strecke von Lissabon bis Rio de Janeiro in 6 Tagen 17 Stunden zurückgelegt und damit einen Schnelligkeitsrekord aufgestellt.

Wirtschaft

Die Selbstkosten des Eisenbahnbetriebes.

Der letzte Tag der eisenbahntechnischen Verhandlungen brachte neben r. in technischen Berichten über das Rangierwesen und Personenbahnhöfe auch ein Referat über die Selbstkosten des Eisenbahnbetriebes und die Maßnahmen zur Hebung des Wirkungsgrades. Die Notwendigkeit zum Sparen hat sich auch bei der Eisenbahn in sehr harter Weise bemerkbar gemacht. Mehr als ein Viertel der Eisenbahner wurde in der letzten Zeit abgebaut, ihre Zahl von einer Million auf 709 000 vermindert. Daneben wurden Maßnahmen getroffen, die auf eine starke Drosselung des bisherigen Verkehrs abzielen und die in bezug auf das gesamte Wirtschaftsleben nur zu bedauern waren.

In allen Ländern sind die Selbstkosten der Eisenbahnverwaltungen gestiegen. Gegenüber dem Stand von 1913 haben sie sich in England auf 230 Proz., in Dänemark auf 220, in der Schweiz auf 241 und bei der französischen Südbahn auf 207 Proz. erhöht. Bei der Reichseisenbahn sind die Selbstkosten für die Betriebsleistungen heute etwa doppelt so hoch wie früher. Der Vortragende, Ministerialrat Dr. Ing. Tecklenburg, führte diese Tatsache auf die Steigerung der Hinterbliebenenbezüge und die Mehrausgaben für soziale Fürsorge sowie auf die Steigerung der sachlichen Ausgaben zurück. Die Reichseisenbahn hat versucht, den Wirkungsgrad ihres Betriebes dadurch zu erhöhen, daß sie bestrebt war, die Betriebsleistungen so billig wie möglich herzustellen und sie so günstig wie nur irgend denkbar für den allgemeinen Verkehr auszunutzen. Für die Betriebsleistungen sind zunächst ausschlaggebend die Kosten für Zugförderung, Zugbildung und die Bereitstellung der Fahrzeuge. Zwischen diesen drei Faktoren muß ein Ausgleich angestrebt werden. Ferner müssen die Gesehungs-kosten für die eigentlichen Verkehrsleistungen, die Personen- und Tonnenkilometer niedrig gehalten werden. Die regelmäßigen Aufstellungen der Selbstkostenberechnungen, die die deutsche Eisenbahn jetzt durchführt, geht von der Betriebsleistung aus. Es hat sich dabei ergeben, daß beim Personenverkehr die Selbstkosten für die Betriebsleistungen um 24 Proz. gestiegen sind. Diese Ausgabenerhöhung konnte nicht durch Fahrpreiserhöhungen ausgeglichen werden. Die wirtschaftlichen Untersuchungen haben aber jetzt schon dazu geführt, daß die Ausnutzung der Betriebsmittel des Personenverkehrs, die früher 24,9 Proz. betrug, jetzt auf 37,7 Proz. gestiegen ist. Damit deckt der Personenverkehr endlich seine Selbstkosten, nachdem er in der vergangenen Zeit schwere Verluste erlitten. Beim Güterverkehr ist die bessere Ausnutzung der Betriebsleistungen durch die Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen, über die vor kurzem im „Vorwärts“ berichtet wurde, so wie auf tarifliche und betriebliche Maßnahmen zurückzuführen. Von bestimmendem Einfluß für die Wirtschaftlichkeit des Güterbetriebes ist der Weg, den die Sendungen zurückzulegen haben. Die Ruhebefehle forderte große Umstellungen. Dadurch wurde die

durchschnittliche Nutzlast je Wache auf 2,70 Tonnen herabgemindert, während sie früher 4,13 Tonnen betragen hatte.

Die eisenbahntechnische Tagung, auf der das gesamte Betriebswesen der Eisenbahn, sowohl vom technischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt behandelt wurde, hat mit dem gestrigen Tage ihren Abschluß erreicht. Sie hat zum erstenmal der Öffentlichkeit einen Einblick in die Probleme gegeben, die hier zu lösen sind. Sie hat auch gezeigt, daß die Eisenbahnverwaltung bemüht ist, neue Wege zur wirtschaftlichen Ausnutzung aller ihrer Betriebsmittel zu beschreiten. Die Forderung, mit möglichst geringem Kraftaufwand zu den größten Leistungen zu kommen, hat eine Berücksichtigung gefunden, wie sie uns bei einem Unternehmen, das auf gemeinschaftlicher Grundlage aufgebaut ist, nur sympathisch sein kann. Wirtschaftliche Betriebsführung gemeinwirtschaftlicher Betriebe und die daraus sich ergebende starke Werbekraft für diese Betriebsform ist gerade vom sozialistischen Standpunkt aus besonders zu begrüßen.

Substanzvermehrung.

Das weite Zweige der Industrie während des Krieges und in der Inflation, also in der Zeit der größten Not des deutschen Volkes, ihr in Produktionsmitteln angelegtes Kapital wesentlich vermehren konnten, wird von einem Teil der Unternehmer immer noch bestritten. Die Goldmarkbilanzen industrieller Unternehmen, die jetzt nach und nach herauskommen, geben über den Stand der Dinge kein klares Bild, da sie oft recht willkürlich die Vermögenswerte erfassen. Trotzdem lassen sich jetzt wieder zwei neue Beispiele dafür vor, daß Großbetriebe in der Goldmarkbilanz die Substanzvermehrung zugeben.

So beschloß der Aufsichtsrat der Ludwig Loewe u. Co. Aktiengesellschaft, der Generalversammlung einen Antrag vorzulegen, das Aktienkapital von 30 Millionen Papiermark auf 15 Millionen Goldmark umzustellen. Vor dem Kriege betrug das Aktienkapital der Gesellschaft 7 1/2 Millionen Goldmark. Es wurde während des Krieges um 2,5 Millionen erhöht; die übrigen 20 Millionen Aktienkapital wurden 1919 bzw. 1921 geschaffen, zu einer Zeit, wo die Kapitalerhöhungen mehr den Sinn hatten, den Aktionären Bezugsrechte zuzumenden, als den, neue Mittel dem Betrieb zu erschließen. Der Bestand an Sachvermögen ist also jetzt doppelt so hoch wie vor dem Kriege.

Die G. Lorenz- u. G. Telephon- und Telegraphenwerke in Berlin-Tempelhof hat während des Krieges und später noch mehr profitiert. Vor dem Kriege hatte sie 1,4 Millionen Goldmark Aktienkapital. Nach der Umstellung wird sie 6 Millionen Goldmark Aktienkapital haben. Das Kapital hat sich also mehr als verdreifacht.

So erfährt man allmählich, wo die den Rentnern und den Festbesoldeten mit Hilfe der Notenpresse entzogene Kaufkraft und das flüssige Betriebskapital der Unternehmen geblieben ist. Zu einem großen Teil hat es die Industrie an sich gezogen und in langfristige Anlagen verwandelt, die jetzt den Aktionären hohe Renten abwerfen sollen.

Die künftige Gestaltung der Umsatzsteuer.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzsteuer Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Überblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzsteuergesetzgebung seit 1916. Das deutsche System ist auf dem Grundsatz der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikations- oder Produktionssteuer, der in Österreich eingeführten Whafenpauschalierung, der Kleinhandelssteuer und der sogenannten Siemensschen veredelten Umsatzsteuer. Die Denkschrift bespricht diese Systeme und wägt die Vorteile und Nachteile ab, die sie im Verhältnis zueinander und zu dem deutschen System haben. Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gefühlte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Befreiung der Ausfuhr beseitigt oder gemildert werden könnten. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteueraufkommens für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuersatzes behoben werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese übrigens bereits durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. September 1924 begonnene Senkung fortgesetzt werden könne, hänge eng mit der anderweitigen Deckung des Finanzbedarfs zusammen.

Diese amtliche Stellungnahme zum Umsatzsteuergesetz ist im Hinblick auf die vielen Abänderungsvorschläge, die in letzter Zeit erfolgt sind, von besonderem Interesse. Das Reichsfinanzministerium gibt die produktions-schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer rundweg zu, erklärt jedoch, daß andere Systeme die Lage für die Wirtschaft nicht weniger nachteilig sind. Als Konsequenz bleibt in der Tat nur der Abbau und die Beseitigung der Umsatzsteuer.

Allerdings erscheint die Beseitigung der Umsatzsteuer noch in weite Ferne gerückt. Das Reichsfinanzministerium wehrt sich bekanntlich mit Händen und Füßen gegen eine Ausgestaltung der Besitzsteuern, insbesondere der Erbschaftsteuer, die vielleicht in absehbarer Zeit einmal den Einnahmeausfall bei Beseitigung der Umsatzsteuer weitmachen könnte. Auf der anderen Seite wird es von verschiedenen Interessentengruppen, so jetzt besonders von den Börseninteressenten, mit Resolutionen bombardiert, die den Abbau der auf ihnen ruhenden Steuern bezwecken. Es wird also darauf ankommen, neue, die Produktion und den Verbrauch weniger belastende Steuerquellen zu erschließen, um den Abbau der Umsatzsteuer zu beschleunigen.

Deutsch-italienische Handelsvertragsverhandlungen. Die italienische Regierung ist an die Reichsregierung mit dem Ersuchen um Abschluß eines Handelsvertrages herantreten.

ZUM QUARTAL

In allen Abteilungen

Nur soweit Vorrat!

Spezialangebote von unerreichter Preiswürdigkeit!

Mengenabgabe vorbehalten!

Damenkonfektion		Kleider- u. Seidenstoffe		Baumwollwaren		Damenwäsche		Teppiche - Gardinen	
Hausblusen guter Velour, helle und dunkle Muster, in allen Größen Stück 4.75	Velour - Barchent dunkle Muster Mtr. 1.25 95 Pf.	Blusenflanell verschiedene Streifen Mtr. 95 75 Pf.	Hemdentuch 60 cm br., kräftige Ware Meter 0,78 65 Pf.	Rensforcé 60 cm breit, für Leibwäsche Meter 1.10 85 Pf.	Damen - Hemden mit Stehkragen oder Langkragen . . . Stück 1.05 1.45	Damen - Beinkleider offen oder geschlossen, mit Hohlbaum oder Stehkragen Stück 3.25 1.65	Etamine-Halbstores mit Einlässen Stück 4.50 2.05	Künstler-Garnitur dreiteilig, aus gewebtem Tüll . . . 6.95 4.75	Künstler-Garnitur dreiteilig, Etamine mit Einlässen 9.50 6.05
Flanellblusen reine Wolle, moderne Streifen Stück 11.50 9.75	Welliné für Morgenröcke, in allen Farben Mtr. 1.65 1.65	Schotten- oder Rockstreifen 105 cm breit, aparte Dessins Mtr. 2.95 2.25	Linon 60 cm breit, Leinwandglänzende Ware Meter 1.10 85 Pf.	Linon 130 cm breit . Meter 1.95 1.65	Damen - Nachthemd Schlafrockform mit Hohlbaum, Stück 4.75 3.75	Garnitur Hemd und Beinkleid mit Stehkragen Stück 4.75 3.05	Herrentaghemden kräftige Qualität Stück 4.00 3.90	Bettdecken zweiteilig, mit Einlässen und Motiven . Stück 13.50 9.50	Tischdecken doppelteilig, Persermuster Stück 17.50 12.50
Kunstseid. Jumper in vielen Farben Stück 6.50 4.75	Kostümstoffe ca. 140 cm breit Mtr. 3.05 2.95	Mantelstoffe mollige Plauschware, uni u. gemischt, 7m. 6.50 4.90	Makotuch 60 cm breit, für elegante Leibwäsche . . Meter 1.25 95 Pf.	Haustuch für Laken, 140 cm breit Meter 1.95 1.95	Trikotagen Ein großer Posten Gr. 30-45 Paar . . . 55 Pf. Gr. 50-60 Paar . . . 75 Pf.	Damenschlülper in vielen Farben . . . Paar 1.25 95 Pf.	Damenschlülper mit angeraumtem Futter . . . Paar 2.25 2.25	Untertaillen gestrickte, roh und geblickt Stück 2.05 1.25	Ein gr. Posten mit doppelt. Brust in all. Größen, Stück 2.45 2.45
Schottenkleid jugendliche Form Stück 1.50 4.95	Mantelstoffe Velour de laine, in vielen Farben . . Mtr. 11.50 9.75	Crêpe de Chine 100 cm breit, großes Farbensortiment . Meter 6.90 6.90	Betttsatin 60 cm breit . Meter 1.45 1.45	Betttsatin 130 cm breit Meter 2.45 2.45	Normalhemden Ein gr. Posten mit doppelt. Brust in all. Größen, Stück 2.45 2.45	Normalhosen Ein großer Posten in allen Größen Paar 2.25 2.25	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50
Kunstseid. Kleider in verschied. Macharten . . Stück 12.75 9.50	Crêpe Marocain 100 cm breit, eleg. Stoffe, Meter 3.90 3.90	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Wollwaren Blusenschoner reine Wolle Stück 2.95 2.95	Strandjacken reine Wolle in allen Farben Stück 6.95 4.95	Sportwesten f. Damen reine Wolle . Stück 16.50, 12.50 9.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50
Gabardine-Kleider mit Halb-Kragen, feste Form, Stück 19.75 14.50	Eolienne Wolle mit Seide, 100 cm breit, in allen Farben . Meter 7.50 7.50	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50
Sammet-Kleider die große Mode, neueste Knopfgarnierung Stück 32.50 22.50	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50
Flausch-Mäntel in solid. Qualitäten Stück 19.50, 14.50 9.75	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50
Vel. de laine-Mäntel in mod. Farb. u. Formen, Stück 39.00 29.00	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Crêpe Marocain bedruckt, entzückende Muster . Meter 5.90 5.90	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50	Strickjacken reines Woll, einfarbig und gemastert, Stück 18.50 14.50

Ein großer Posten Damenstrümpfe

- Baumwolle feinfädig, schwarz u. farbig . . Paar 38 Pf.
- Baumwolle verstärkte Ferse und Spitze . . Paar 65 Pf.
- Florstrümpfe Doppelstrümpfe und Hochferse, Paar 85 Pf.
- Seidenflor Doppelstrümpfe und Hochferse, in vielen modernen Farben Paar 1.25
- Kunstseide klare Gewebe, in allen Farben, Paar 1.25

Indemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Ein großer Posten Herrensocken

- Baumwolle grau und feinfarbig . . . Paar 45 Pf.
- Grau wollgemischte gute Qualität Paar 68 Pf.
- Baumwolle uni und gemastert Paar 90 Pf.
- Flor aparte Muster Paar 1.45
- Kunstseide in vielen Farben Paar 1.05

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Erziehungsorganisation Kinderfreunde. Mittwoch, den 1. Oktober, pünktlich abends 7 1/2 Uhr. Siedet in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 2. 1. Hof rechts, die allgemeine Befeuerung für Oktober fest. Vortrag mit Lichtbildern von Hans Grunwald über die Kontesseri-Methode. Erklären aller Helfer in Präsenz.

Abteilungsleiterzweier. Versammlung Freitag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 2. 1. Hof links, par. Tagesordnung: 1. Die Einigung der Mieterorganisation. 2. Bericht und Neuwahl des Ausschusses. 3. Bericht über die Arbeit der Abteilungen. Stadträte und sonstigen in Betracht kommenden Genossen ihres Bezirks ein.

Kreis Charlottenburg. Dienstag, den 30. September, 7 Uhr, Zimmer 3, Sitzung der Abteilungsleiterinnen. — **Bildungsanstalt:** Sitzung heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, bei Reimer, Wilmsdorfer Str. 21. Schriftliche Abteilungen müssen vertreten sein.

Kreis Prenzlauer Berg. **Widertagsgemeinschaft der Kinderfreunde:** Dienstag, den 30. September (heute) 8 Uhr, findet im Schulhaus, Dunderstraße 61, der Kinderfreunde-Widertagsgemeinschaft „Das Arbeiterkind“ statt. Referent Max Godeanu. Eintritt 25 Pf. Der Ertrag dient zur Anschaffung von Büchern für die Kinderfreunde-Leihbibliothek Prenzlauer Berg. — **Beamtensprechstunde:** Mittwoch, den 1. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Adamer, Simonstr. 23. Versammlung.

Kreis Kreuzberg. Heute, Dienstag, den 30. September, 7 1/2 Uhr. Kreismitgliederversammlung bei Rade, Nollstr. 29. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Mitglieder der Rettungskommission treffen sich 1 Stunde früher. — **Kreis Schulgemeinde:** Freitag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Meier, Diefenbacher 76. Generalversammlung. Tagesordnung: Unsere nächsten Aufgaben. — **Arbeitsrat.** Die Offiziere laden hierzu ein.

und 11. Kreis. Konsumgenossenschaftsleiter: Heute, Dienstag, den 30. September, 7 1/2 Uhr, bei Wll. Meier, Nollstr. 29. Versammlung. Mitgliedsbuch und Eintrittskarte legitimiert.

Kreis Tempelhofer Park. Mittwoch, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Treffensitzung im Rathaus, Paradenstr. 26, Zimmer 26.

Heute, Dienstag, den 30. September:

47. **Abt. Bezirksleiter:** Abrechnen beim Genossen Schmidt, Wolkenbrotke 41.

48. **Abt. Schönberg.** 8 Uhr beim Ersten Grammatik. Tanspacht. 5. Hof. Erweiterte Sitzung des Abteilungsverbandes mit den Funktionären. Die Kommissarien müssen vertreten sein.

Jugendklub. Gruppe Siedberg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Parf. 10. Mitgliederversammlung.

Morgen, Mittwoch, den 1. Oktober:

28. **Abt. Kreuzberg.** Extrajahresabend und Herbstabend zur Gewinnung neuer Mitglieder für die Bezirke 237 und 238 bei Rosch, Prenzlauer Allee 232; Bez. 238, 240 und 241 bei Bartel, Wörther Str. 19; Bezirk 242 bei Richter, Dogenauer Str. 3; Bez. 244 und 245 bei Meier, Oederherger Str. 28. „Formärts“-Vesper willkommen.

29. **Abt. 7 1/2 Uhr bei Borisch, Friedenstr. 88.** Sitzung der 13. Kommission. — **Donnerstag, den 2. Oktober, 7 1/2 Uhr bei Bauer, Große Frankfurter Straße 1, Sitzung.**

46. **Abt. 7 1/2 Uhr bei Eichholz, Euvorstr. 23.** Sitzung der Funktionäre, Ordner und weiblichen Konstitutionskommissionen.

61. **Abt. Kreuzberg.** Sozialistisches Seminar: 8 Uhr im Restaurant Riade, Dandenerstr. 60-61. Einführungabend.

82. **Abt. Stenitz.** 8 Uhr wichtige Funktionärensitzung mit den Gewerkschaftsfunktionären bei Thiel, Albrechtstr. 87. Tagesordnung: Organisationsfragen.

92. **Abt. Prenzlauer Berg.** Pünktlich 8 Uhr Funktionärensitzung bei Radeck, Janstr. 8. Die Bezirksleiter müssen die Gruppenleiter einladen.

103. **Abt. Oberschönberg.** 7 1/2 Uhr Funktionärensitzung bei Imberg, Wilhelminen-hofstraße.

43. **Abt. Donnerstag, den 2. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr.** Sitzung aller Elternbeiräte und Kandidaten bei Dierler, Diefenbacherstr. 76. Wichtige Tagesordnung.

117. **Abt. Siedberg.** Herbstversammlung Donnerstag, den 2. Oktober abends 7 1/2 Uhr in der Schule, Pflanzstr. 60. Vortrag des Genossen Merzins-Königsberg: „Was uns not tut“.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr:

Königsberg: Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag wird auf freies Geheiß über „Reinhold III.“: Jugendheim Rosgärtr. 23. Vortrag: „Arbeitsdienstpflicht“. — **Kreuzberg:** Alie Schule, Dorfstraße. Vortrag: „Das Schwere-

fähigengedachten und seine Bedeutung. — **Kochst. I:** Schke, Köpenicker 40. Vortrag: „Reisen und Reisen in der Natur“. — **Kochst. II:** Schule, Prenzlauer Str. 23. Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“. — **Kochst. III:** Schke, Köpenicker 40. Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“. — **Kochst. IV:** Schke, Köpenicker 40. Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“. — **Kochst. V:** Schke, Köpenicker 40. Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Montag, den 29. September.

1. **Kennen.** 1. Fliegender Holländer (Dertel), 2. Egel (Simpfing), 3. Sander (Vader), Foto: 29: 10. Platz: 14, 15, 13: 10. Jerner liegen: Kapit Martin, Adol II, Gallipoli II, Diamant.

2. **Kennen.** 1. Abteilung: 1. Garoga Gora (Grabich), 2. Blumfeld (V. Ludwig), 3. Weiterbeze (Kranzle), Foto: 29: 10. Platz: 15, 27, 25: 10. Jerner liegen: Friedhelm, Silberbogen, Hans, Calderon, Duceu Mary. — 2. Abteilung: 1. Spaniola (S. Schmidt), 2. Frau (Staudinger), 3. Grola (Kaltenberger), Foto: 14: 10. Platz: 10, 11: 10. Jerner liegen: Doktor Kabule, Staffeld, Liebesgehauke, Büdday, Arianta.

3. **Kennen.** 1. Givilst (v. Herden), 2. Kauterum (v. Sorfe), 3. Saobard (R. v. Weiterbeze), Foto: 19: 10. Platz: 13, 20: 10. Jerner liegt: Trugshilij.

4. **Kennen.** 1. Sobredner (Rufalles), 2. Geiltes (Dertel), 3. Dentstein (Kale), Foto: 70: 10. Platz: 31, 14: 10. Jerner liegen: Morlois, Quenole, Cabinet Noir.

5. **Kennen.** 1. Willenburger (Dertel), 2. Erbalume (Surb), 3. Gisterne (Walter Deuer), Foto: 61: 10. Platz: 19, 21, 31: 10. Jerner liegen: Puppenfer, Tzotep, Kadel, Minameier, Etus, Bericda, Cho, Kaimond.

6. **Kennen.** 1. Kappelkopf (v. Ederberg), 2. Sommerfor (v. Sorfe), 3. Jrvvahn (Dr. Müller), Foto: 14: 10. Drei liegen.

7. **Kennen.** 1. Walfraum (Rufalles), 2. Bennemädchen (Dertel), 3. Laon (Hilrich), Foto: 107: 10. Platz: 23, 19, 23: 10. Jerner liegen: Kundschen, Berla, Penelope, Dettor, Kadel, Kehlade.



Rahma

MARGARINE

buttergleich

Preis pro 1/2 Kilo nur 50 Pf

Das Beste für Tafel und Küche. Höchster Nährwert. Feinster Brotaufstrich. Immer frisch.

Überall erhältlich

Man verlange beim Einkauf von „Rahma — buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Einienstr. 83/85:

Versammlung aller Handwerker der chemischen Industrie Groß-Berlins.

Pünktliches Erscheinen oder in Präsenz. Die Tagesordnung.

Auf Kredit!

Kleinste An- und Abzahlung Teppiche, Gardinen, Stores, Welt-, Tisch-, Diwanddecken, Vorleger, Federbetten

äußerst preiswert!

MÖBEL-COHN

im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58 5 Minuten vom Alexanderplatz

im Norden: Badstraße 47-48 5 Min. vom Bahnhof Gesundbr.



CURT GROTTWITZ

Sonntage eies Großstädts in der Natur

Ganzleinen 2.25 ark

Zu haben: **J. H. W. Dietz Nachf.** Lindenstraße 2

Verlangen Sie beim Einkauf ausdrücklich den echten **Kapitan-Kautabak.** Nur dann sind Sie sicher, ein erstklassiges bestes Fabrikat zu erhalten. In den meisten Geschäften erhältlich. Neue Niederlage, richtet ein C. Röcker, Berlin, Ullrichstr. 72 (Kgl. 1881).

Leiterwagen u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst. Großer Vorrat. **Georg Wagner** Köpenicker Str. 71. Kein Lagerhau. Keine Schaufenster-Reklame. Auswärtlich billigere Preise

Trauerpendeln jeder Art liefert preiswert **Paul Gollets,** vormals Hans Mey, Mariannenstr. 2. Auf Rorippl. 10000

Craco Vellied 4.50 **Rindled-Saffian** 9.00 **Auto-Rindled** 12.00 **Aktenbüche** 4.50 **Reisler** 50 in 25.00 **Takasi Kasse, Lederbücher** auch für zu haben **Richte Geschäfte ein** **Schiller, Webermann, Fortitäre** **Agros Sport Rletter** 88.

250.

Preussisch-Süddeutsche Jubiläums-Klassenlotterie

320000 Lose mit 110000 Gew. u. 1 Prämie in 5 Klassen = 21 140 000 R.-Mk. Höchstgewinn gem. § 9 = R.-Mk.

1 Million

1 Pr. **500000**

1 Pr. **500000**

1 Pr. **300000**

1 Pr. **200000**

1 Pr. **150000**

6 Pr. **100000**

usw. Alle Los-Nr. u. Gewinne werden jetzt wieder einzeln gezogen.

Ziehung 1. Kl. am 10. u. 11. Oktober.

Los-Preise: für alle 5 Kl.

achtel = 3 Mk. | achteil = 15 Mk.
viertel = 6 Mk. | viertel = 30 Mk.
halbe = 12 Mk. | halbe = 60 Mk.
ganze = 24 Mk. | ganze = 120 Mk.

Original-Lose zu haben bei

Fr. Müller

St. Lott.-Einnehmer **Berlin C 19**
L. Fa. Lud. Müller & Co. **Jerusalemstr. 18.**

Poorscheck-Konto: Berlin 31158.

Unserem Vorstehenden **Hermann Hartung** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. Genossen der 7. Abteilung.

August der Beria Klitz 67. heimliche Glückwünsche zur Silberhochzeit **Hochzeit** im Sa. Nr. 33. Akt.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin

Nachdem die vom Ausschuss beschlossene 19. Abänderung der Statuten vom Obergerichtungsamt genehmigt ist, tritt dieselbe mit dem 6. Oktober d. J. in Kraft. Die nächsten Anweisungen über die Durchführung der Abänderung geben den beigefügten und Mitglieberten durch besondere Zirkular zu. Abdrücke sind vom 6. Oktober ab im Kassentotal zu haben.

Der Vorstand 1107/18
Max Ebel, Vorsitzender.
Alfred Ekström, Schriftführer.

Von der Reise zurück **Dr. med. Müller-Kypke** Homöopath. Arzt Charlottenburg, Bismarckstr. 3 (Knie).

Berliner Ulk-Trio Neukölln, Lahnstr. 74/75 L.

So muß ein Hühneraugenpflaster aussehen, wenn es schnell und sicher wirken soll.

Das Hefpflasterband verhütet Verrutschen des Pflasters sowie Festkleben am Strumpf. Der Filzring beseitigt den schmerzhaften Druck und schafft sofortige Linderung. Der Pflasterkern zerstört unbedingt das Hühnerauge mit Wurzel. Dies sind die Hauptvorzüge des seit 20 Jahren bewährten **Hühneraugen-Lebewohl**

Hühneraugenleidende sollten daher beim Einkauf unbedingt auf den Namen „Lebewohl“ achten und andere Mittel, welche nicht aus den oben abgebildeten Zehenbinden bestehen, bestimmt zurückweisen, denn es gibt nichts Besseres als „Lebewohl“.

Gegen Hornhaut auf der Fußsohle verwende man **Lebewohl-Ballen-Scheiben**

diese helfen in den härtesten Fällen. Durch die Deckscheibe ist ein Verrutschen und das lästige Festkleben am Strumpf ausgeschlossen. Bei empfindlichen Füßen, Schweißgeruch und Wundlaufen verwende man **Lebewohl-Fußbade-Pulver**

ein ideales Mittel für die Fußpflege. Erhältlich in Drogerien und Apotheken.

